

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1,50 M. durch alle Postämter • Inserate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: A. Lankes, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A2 Flora 4933

Berlin, 27. Oktober 1932 • 45. Jahrg. • Nr. 43

Konterrevolution der Barone

Die Ereignisse überstürzen sich. Mit Volldampf segeln die derzeitigen Machthaber zurück in die glorreiche Zeit der Monarchie. Alle reaktionären Kräfte, die bei dem Zusammenbruch der Militärmacht und bei dem Ausbruch der Revolution sich in die Schlupfwinkel verkrochen hatten, sind fleißig an der Arbeit zur Restaurierung des Kaiserreiches. Sehr geschäftig ist dabei der Exkronprinz, der den Tag nicht mehr erwarten kann, um als Reichsverweser ausgerufen zu werden.

Mittlerweile reist der Regierungschef nach Versammlungen der Großgrundbesitzer und Industriellen, um dort zu verkünden, was die Regierung vor hat und tun wird, um aus diesem Jammerzustand herauszukommen. In Münster wurde in einer Bauernversammlung die im September erschienene Notverordnung angekündigt. Während des Oktoberfestes in München plauderte der Reichsernährungsminister über die bevorstehende Verordnung zum Schutz der Landwirtschaft, und dieser Tage erzählte von Papen den bayerischen Industriellen in einer Versammlung, was er und die Regierung gegen die Weimarer Verfassung unternehmen werden.

Das war reichlich viel in dieser kurzen Zeit. Aber festgestellt muß werden, Mut haben die Barone, obwohl nur eine kleine Kaste hinter ihnen zur Deckung steht. Sie haben sich durch die Demokratie und über den breiten Rücken der Nazis, wie ihr Oberbonze Dr. Goebbels im „Angriff“ ausführte, in die Amtssessel gesetzt. Sie haben dabei keinerlei Bedenken, ihre reaktionären Pläne durchzuführen. Sie sind die Sachwalter der alten Vorkriegsmächte, deren Aufgabe es ist, den heutigen Volksstaat und die dem Volke durch die Verfassung gewährleisteten Rechte zu beseitigen. War es doch erst die Republik, die mit den alten, durch den Feudaladel gestützten Rechten aufräumte und dem Volke, insbesondere der Arbeiterschaft, die volle Gleichberechtigung verschaffte. Jetzt rütteln die konterrevolutionären Mächte an der Verfassung und gehen soweit, sich sogar einen Staatsstreich zu ersparen, weil ihre Absichten entweder durch das Parlament oder über den Weg der Verfassungsreform verwirklicht werden sollen. Der Schaden, der nicht nur in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung dabei entsteht und schon groß genug ist, soll durch das Volk bezahlt werden.

Die Ankündigung über die Änderungen des ersten

Teiles der Verfassung findet, wie nicht anders zu erwarten, stürmische Zustimmung im Lager der Antirepublikaner. Sie erhoffen den Anbruch einer besseren Zeit, um ihr Heu in die Scheuer zu bringen. Sie fühlen sich jetzt schon in die Zeiten zurückversetzt, wo der Arbeiter kuschen muß und die

Deutschland hat heute eine andere wirtschaftliche Struktur aufzuweisen wie vor Jahrzehnten, als die Industrie in den Gründerjahren stand. Sie ist auf den Weltmarkt angewiesen und konnte nur mit ihren hochqualifizierten Arbeitern dort erfolgreich konkurrierend auftreten. Die Regierung der Barone

treibt ein gefährliches Vabanquespiel, wenn sie durch die Verfassungsänderung den politischen Einfluß breiter werktätiger Schichten beseitigen oder zum mindesten stark eindämmen will. Mit welcher Vollmacht kommt sie zu solch ungeheuren Plänen? Hinter ihr steht doch keine Volksmehrheit. Nur eine kleine Schicht der oberen Zehntausend sind ihre schwankenden Stützen. Wenn die Regierung, wie in München angekündigt wurde, ihre Pläne zur Verhuzung der republikanischen Verfassung dem Reichstag unterbreiten wird, dann kann sie ihr blaues Wunder erleben.

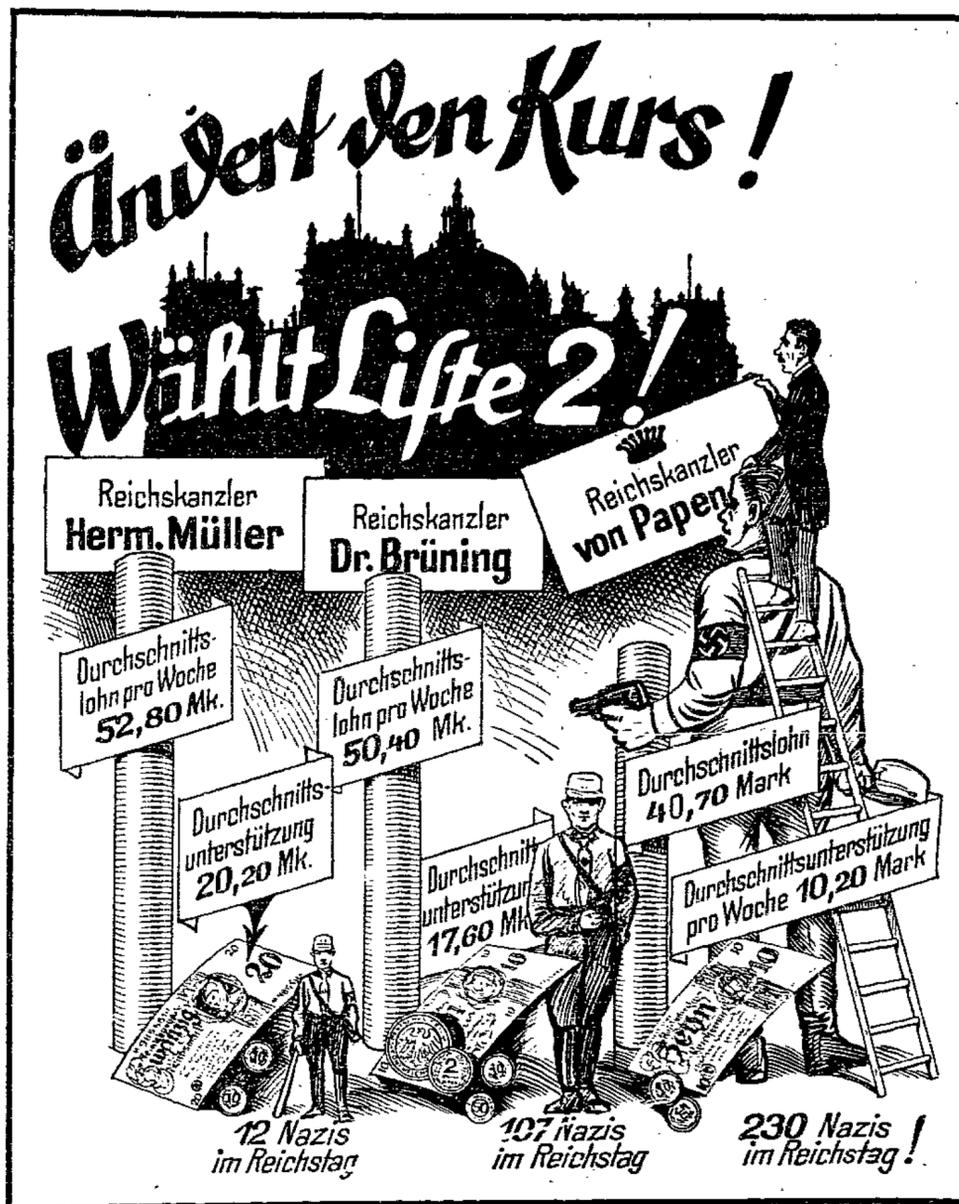
Gewaltiges steht für die Arbeiterschaft auf dem Spiel. Will sie erfolgreich dem politischen und wirtschaftlichen Entrechtungsplan der Reaktion entgegentreten, dann ist

die Einheitsfront notwendig

Es muß Schluß gemacht werden mit dem Bruderzwist im proletarischen Lager. Nur in der gemeinsamen Abwehr ist es noch möglich, die Reaktion niederzuringen. Arbeiter und Arbeiterinnen sollen sich endlich ein Vorbild an der Geschlossenheit der Unternehmer einprägen und danach handeln. Die große indifferente Masse des Proletariats muß unserer Bewegung und den Organisationen zugeführt werden. Es darf in den Tarif-

betrieben kein Unorganisierter geduldet werden. Wer den Nutzen von den Gewerkschaften hat, muß in diesen aktiv mitwirken. Die Kampfansage der Reaktion muß die Gewerkschaften zu einer unüberwindlichen Macht führen. Darum ist die

Einheitsfront aller Arbeiter und Arbeiterinnen in den Gewerkschaften das Gebot der Stunde!



Unternehmerautokratie Auferstehung feiert. Vergessen sollen aber die Kräfte nicht, die das Rad der Zeit zurückdrehen wollen, daß die werktätige Schicht nie mehr auf die Dauer in die Glanzzeit der Reaktion zurückgetrieben werden kann. Der Arbeiter von heute ist ein anderer als der vor Jahrzehnten, als die Gewerkschaften gegründet wurden und die Sozialdemokratische Partei in Blut und Eisen erstickt werden sollte. Die Arbeiterschaft verfügt jetzt über eine geschlossene Macht in ihren wirtschaftlichen und politischen Organisationen.

Am 6. November wird gestürzt, wer dem Volk die Löhne gekürzt!

Die Gewerkschaften in Kampfstellung

In Berlin fand am 18. Oktober eine Kundgebung des ADGB und des AFA-Bundes gegen die ungeheure Provokation der Regierung in der Verordnung vom September statt. Als Vertreter der Reichsregierung wohnte der Tagung der Ministerialdirektor Dr. Sitzler bei. Vom Reichskanzler lag ein Schreiben vor, in dem er bedauerte, der Veranstaltung der Arbeiter nicht beiwohnen zu können. Bundesvorsitzender Kollege Leipart verwies in seiner Eröffnungsansprache auf die gegenwärtige Situation, die reich an politischen Spannungen ist. Die Regierung treibe in ihrem Reden und Handeln einen tiefen Keil in das Volk. Die Gewerkschaften müssen mit aller Entschiedenheit die Einstellung des Reichskanzlers zurückweisen, der alle als Feinde des Volks erklärt, die sich nicht hinter die Reichsregierung stellen. Die Arbeiterschaft habe nach dem Zusammenbruch der militärischen Macht Deutschland vor dem vollständigen Untergang gerettet. Damals war die Adelskaste mit den Großagrariern und Großindustriellen aus der Öffentlichkeit verschwunden und sie überließen die mühevollen Arbeit den breiten Volksschichten.

Kollege Tarnow behandelte in einem ausgezeichneten Referat das Thema „Der Wirtschaftsplan der Reichsregierung und die Gewerkschaften“. Er ging scharf gegen die Regierung und ihre Notverordnungen vor und wies an Hand vieler Beispiele nach, wie widersinnig die Verordnung der Papen-Regierung vom September sei. Eine Belebung der Wirtschaft kann nicht dadurch herbeigeführt werden, wenn gleichzeitig die Kaufkraft durch widerrechtlichen Eingriff in die Tariflöhne geschwächt wird. Die Arbeiterschaft wird sich dagegen zur Wehr setzen und keine Maßnahme der Regierung kann sie davon zurückhalten.

Kollege Nörpel vom Bundesvorstand behandelte ausführlich den Kampf um die „Wiederherstellung des kollektiven Arbeitsrechts und des Tarifrechts“. Er wies nach, daß der Eingriff der Reichsregierung in das Vertragsrecht die Vertragstreue stark erschüttern muß. Die kulturell hochstehende deutsche Arbeiterschaft wird nie ihre Freiheit preisgeben und wird mit größter Zähigkeit gegen die widerrechtlichen Anordnungen der Regierung kämpfen.

Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung krankt an inneren Widersprüchen. Die Regierung will die Deflation bekämpfen und den Binnenmarkt beleben, senkt aber die Löhne und Gehälter. Sie will die Produktion steigern und Arbeit beschaffen, erschwert aber durch die Kontingentierungspolitik die industrielle Ausfuhr und zerstört vorhandene Arbeitsmöglichkeiten.“

Diesen Widersprüchen des Wirtschaftsprogramms entspricht sein unsozialer Geist. Die Rechte und Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter und Angestellten werden den Wünschen der Landwirtschaft und Großindustrie geopfert. Nachdem das Einkommen der Arbeitnehmer bereits auf ein unerträglich niedriges Maß gesenkt worden ist, werden Löhne und Gehälter erneut unter Druck gestellt. Während Industrie und Landwirtschaft Steuergeschenke erhalten, wird die Lebenshaltung der Arbeitnehmer durch den Kurs der Handelspolitik und die Erhöhung von Massensteuern erneut belastet. Während die Rechte der Arbeitgeber erweitert werden, unterhöhlt man das Tarifrecht und zerstört damit die Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechts. Die Regierung nutzt zugleich ihre Machtstellung dazu aus, um die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften zu lähmen.

Die Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober sind für die Arbeiterschaft unerträglich. Die erzwungene Lohnsenkung steht im Widerspruch zu den Erklärungen des Reichspräsidenten, wonach „der Lebensstandard der Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt“ bleiben soll. Die Gewerkschaften fordern daher von der Reichsregierung, die Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober aufzuheben.

Durch die krasse Ungerechtigkeit der Regierungsmaßnahmen ist bereits eine tiefe Erbitterung und Enttäuschung ins Volk getragen. Diese Politik schafft immer neue Unruhe und zerstört damit die Voraussetzung für eine Belebung der Wirtschaft. Eine Regierung, die das Lebensrecht der Arbeiterschaft mißachtet, setzt sich mit der Mehrheit des Volkes in Widerspruch. Ihr fehlt das Vertrauen des Volkes, das allein echte Autorität begründet.

Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß der Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft zugleich der ganzen deutschen Wirtschaft dient. Alle Sozialpolitik, die auf das Wohl der arbeitenden Klasse abgestellt ist, die der Erhaltung und Verbesserung der menschlichen Arbeitskraft dient, die durch die Pflege der Massenkauftkraft die Voraussetzung für die Erhöhung des wirtschaftlichen Umsatzes schafft, ist Wirtschaftspolitik im besten Sinne des Wortes. Man kann die Krisis nicht dadurch überwinden, daß man den Arbeitswillen lähmt und sich nur auf die Initiative der Unternehmer verläßt, sondern allein mit dem

Einsatz aller verfügbaren Mittel durch die öffentliche Hand.

Darüber hinaus fordern die Gewerkschaften die Abkehr von überlebten Wirtschaftsformen und die Einleitung einer Neuorganisation der Wirtschaft mit dem Ziele planmäßiger Wirtschaftsführung.“

Bezeichnend für die Reichsregierung ist das Entschuldigungsschreiben des Reichskanzlers an den Bundesvorstand. Dazu hat der Regierungschef Zeit, daß er in Bauernversammlungen und in Veranstaltungen der bayerischen Industriellen spricht, aber zu einer Kundgebung der freien Gewerkschaften, die über 5 Millionen Mitglieder vereinigen, findet der Regierungschef keine Zeit, dieser beizuwohnen. Die Mißachtung der Regierung gegenüber den Gewerkschaften liegt auf der Hand. Die Arbeiterschaft wird sich diesen Vorgang merken und am 6. November alles einsetzen, daß diese kapitalistenfreundliche Papen-Regierung in den Orkus verschwindet.

Wochenschau

Deutschlands Isolierung. Deutschland lehnte ab, an den Abrüstungsverhandlungen in Genf teilzunehmen. Daraufhin trat die französische Regierung in Beratungen mit dem französischen Generalstab ein, deren Ergebnisse geheimgehalten werden. In eingeweihten Pariser Kreisen verlautet, daß Frankreich die deutsche Ablehnung sehr willkommen sei. Auch England lehnt es ab, weiterhin vermittelnd einzugreifen.

Hungerkrawall in London. In London kam es zu schweren Straßenkämpfen zwischen Arbeitslosen und der Polizei. Anlaß dazu boten die unzulänglichen Unterstützungen der Arbeitslosen und die rigorose Einführung der Bedürftigkeitsprüfung.

Boxheim eingesargt. Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts hat das Verfahren gegen Dr. Best, den bekannten Verfasser der Boxheimer Blutdokumente, wegen „Mangel an Beweisen“ eingestellt.

Komplett verrückt! In Karlsruhe veranstalteten die Kommunisten eine öffentliche Versammlung des „Kampfbundes gegen den Faschismus“, in der 20 SA-Leute anwesend waren. Gleichzeitig fand die Wahl von Delegierten zum „Kampfkongreß der antifaschistischen Einheitsfront“ statt, die auf zwei anwesende Nationalsozialisten fiel. Das einheimische Naziblatt verkündet freudestrahlend diesen „Sieg“.

Der Einheit entgegen. In der Tschechoslowakei hat die kommunistische Opposition anlässlich einer Tagung einstimmig den Uebertritt zur Sozialdemokratie beschlossen.

Württemberg gegen Monarchie. Der württembergische Minister Dr. Maier erklärte, Württemberg wende sich gegen die Dreistigkeit, mit der gegenwärtig die Monarchie in Deutschland angestrebt wird. Es wolle unter allen Umständen an der Republik festhalten.

Sachsen in Front! Im Sächsischen Landtag wurde einem Antrag zugestimmt, demzufolge Sachsen gegen die verfassungswidrigen Pläne der Reichsregierung protestiert und im Reichsrat gegen alle verfassungsändernden Gesetze stimmen wird.

„Purpur und Demokratie.“ Die Monarchistenvereinigung, der „Bund der Aufrechten“, rührt die Reklametrommel. Nachdem er zehn Jahre lang verboten war, erklärt sein Führer Dr. Everling: „Es ist heute keinerlei Wagnis mehr, sich zur Monarchie zu bekennen. Da melden wir unsere Forderungen an... Wir wollen nicht, daß man der Demokratie den Purpur umzuhängen versucht...“

Windstärke 12. Hitlers Anhänger verlassen in Scharen seine Partei. Das Braune Haus in München unternimmt nichts gegen die nationalsozialistischen Terrorakte, weil man der Hoffnung ist, daß die Reichstagswahlen am 6. November wegen „Gefährdung von Ruhe und Sicherheit“ nicht stattfinden.

Luftikus Hitler. In Königsberg erklärte Hitler in einer Versammlung, daß er nach den Wahlen am 30. August wie folgt „regierungsfähig“ werden sollte: „Ein Luftministerium sollte ich verwalten, zu dem die Luftfahrt überhaupt noch nicht vorhanden ist.“

„Volkshuldigung“ in Koburg. Anlässlich der Prinzenhochzeit in Koburg flaggte der Nazistadtrat in Hakenkreuzfahnen. Der Naziobertonbürgermeister Schwede nahm in der exotischen Operettenuniform an der Trauung teil, die SA veranstaltete einen Fackelzug und die republikanische Reichswehr paradierte.

„Maschinenstürmer.“ Der Oberreichsanwalt ließ wegen „hochverräterischer Umtriebe“ im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin eine Rotationsmaschine beschlagnahmen.

Nach dem Zwickel eine „Eselei“. Mit Rücksicht auf die Kontingentierungspolitik v. Papens verfaßte der Deutsche Landwirtschaftsrat folgendes Gutachten: „Die Einfuhr von Eseln ist unbedeutend, der Bedarf an Eseln kann in Deutschland aus eigener Produktion gedeckt werden.“

Protest gegen den 6 1/2-Uhr-Verkauf

Sofort nach der Veröffentlichung des Erlasses über die Vorverlegung des Warenverkaufs in den Bäckereien Preußens wurden die Vertreter des „Germania“-Verbandes im Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe vorstellig. Ihre Aussprache mußten sie mit untergeordneten Personen führen, da die höheren Beamten keine Zeit dazu hatten.

Rechtssicherlich nimmt sich die Begründung eines Ministerialvertreters zu dieser Anordnung aus. Seit dem Inkrafttreten der Notverordnung vom 5. Juni 1931, wonach dem Reichsarbeitsminister Vollmacht zur Zulassung der dritten Schicht unter bestimmten Bedingungen gegeben ist, bemühen sich besonders die Brotfabrikanten und die Vertreter der Konsumbrotgenossenschaften, ihre Wünsche auf Zulassung der Nachtarbeit zur Durchführung zu bringen. Das preussische Ministerium habe daher das kleinere Übel bevorzugt und den Warenverkauf ab 6 1/2 Uhr zugelassen. Eine Änderung dieses Erlasses sei praktisch unmöglich, da bereits in den Regierungsbezirken demgemäß Anweisungen ergangen sind. Zugesagt wurde lediglich, nach einem Vierteljahr in eingehender Beratung unter Hinzuziehung der Fachorganisation zu prüfen, ob sich tatsächlich die Bedenken des „Germania“-Verbandes gegen den Erlaß bestätigt haben.

Ein anderer Ausgang der Bemühungen der Bäckermeisterorganisation war in Anbetracht der Einstellung der Regierung nicht zu erwarten. Während die Bäckermeister und Gehilfen gegen den Erlaß protestieren, gehen die Bestimmungen über den früheren Warenverkauf den Brotfabrikanten nicht weit genug. Diese Kreise wollten, wie wir eingangs bemerkten, etwas ganz anderes, nämlich die Zulassung der Nachtarbeit. Darum entspricht diese Regelung, wie „Die Brotfabrik“ bemerkt, nicht den Anträgen der Unternehmerschicht. Sie schreibt weiter: „Der Minister hat mit der Vorverlegung des Verkaufsbeginns wohl dem Kleingewerbe entgegenkommen wollen, ob das Kleingewerbe die Vorverlegung des Verkaufsbeginns begrüßen wird, erscheint uns noch sehr zweifelhaft; unsere Interessen beschränken sich jedenfalls auf das Ausfahrverbot, weil wir grundsätzlich gleiche Wettbewerbsverhältnisse für alle Betriebe des Bäckergewerbes verlangen und immer veriangt haben und auch in Zukunft fordern müssen, daß das Kleingewerbe nicht bevorzugt wird.“

Wir sehen, daß mit dem Essen der Appetit kommt. Die Brotfabrikanten würden freudig auch diese Verordnung begrüßen haben, wenn sie nur auf die Brotfabrikanten beschränkt worden wäre. Da aber allgemein der frühere Arbeitsbeginn erlaubt wurde, beginnt wieder der Konkurrenzkampf, und bald werden wir neue Anträge dieser Unternehmer an die Regierung sehen können.

Ungeheuere Arbeitslosigkeit im Bäcker- und Fleischergerber

Die Krisenauswirkungen mit ihrer Einkommensschrumpfung der breiten Volksmassen machen sich naturgemäß stark bei dem Brot- und Fleischkonsum bemerkbar. Im Bäcker- und Fleischergerber hat, trotz der großen Zahl von Zwerg- und Kleinbetrieben, gleichfalls eine umfangreiche Technisierung und Rationalisierung stattgefunden. In dieser Zeit wirkte sich die seit Jahrzehnten betriebene große Lehrlingszucht in diesen Berufen katastrophal aus. Die amtlichen Feststellungen auf Grund der Berichte der Landesarbeitsämter reden eine besonders deutliche Sprache.

Im August (die amtlichen Feststellungen für September liegen noch nicht vor) entfielen im Bäckergewerbe auf je 100 offene Stellen nicht weniger als 4807 Arbeitsgesuche! In der gleichen Zeit des Vorjahres war die Zahl mit 1881 ebenfalls sehr hoch, wenn man berücksichtigt, daß 1930 auf je 100 offene Stellen 1027, 1929 gar nur 374 Arbeitsgesuche entfielen. Die Zahl der vermittelten Stellen bewegte sich in diesem Zeitraum gerade in umgekehrter Richtung: August 1929 = 7094, 1930 = 3240, 1931 = 2457 und 1932 = 1080. Von einer Vermittlung ist also heute fast gar nicht mehr die Rede; Ende August waren 46 422 arbeitslose Bäcker- und Konditorgehilfen in den Arbeitsnachweislisten eingetragen. Nach der letzten Statistik des „Germania“-Zentralverbandes deutscher Bäcker-Innungen wurden 71 481 Bäcker- und 3046 Konditorgehilfen gezählt, dazu 56 966 Bäcker- und Konditorlehrlinge! Die Zahl der Arbeitslosen bleibt nur wenig hinter der Zahl der beschäftigten Bäckergesellen! Alljährlich vergrößert sich das Heer der Arbeitslosen durch Neuausgelernte um fast 20 000.

Im Fleischergerber sieht es nicht anders aus. Hier entfielen im August auf je 100 offene Stellen 4241 Arbeitsgesuche, vermittelt wurden 709. Ende des Monats verblieben 26 697 Arbeitslose. In diesem Berufe sind etwa 35 000 Lehrlinge vorhanden.

Die große Arbeitslosigkeit sollte von selbst jeden denkenden Kollegen verpflichten, jede Ueberarbeit in den Betrieben zu vermeiden und derartige Forderungen abzulehnen. Die gewerkschaftliche Organisation tritt für eine Verkürzung der Arbeitszeit und für eine gesunde Regelung der Lehrlings-

haltung ein. Es darf nicht sein, daß die Arbeitslosen in den Arbeitsmarktanzeigen der verschiedensten Zeitungen sich wer weiß wie weit unterbieten. Wir wissen, daß es skrupellose Unternehmer genug gibt, die diese Not auszunutzen verstehen.

Auch das Organ des Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsvereins deutscher Bäcker und Konditoren mißbraucht seine Einrichtung zu einem „Stellenmarkt“ in der „Fachzeitung der Konditorgehilfen“, wobei betont wird, daß „den Arbeitgebern die Möglichkeit gegeben werden soll, sich unabhängig Arbeitskräfte engagieren zu können“. Das heißt also, daß der Umgehung der Arbeitsnachweise Tür und Tor geöffnet und damit der Unterbietung Vorschub geleistet wird.

Wahlspeck

Die Regierung Papen ist bemüht, Stimmung für sich zu machen. Nachdem sie Großagrariern und der Industrie Milliarden Mark geschenkt hat, glaubt sie, daß es auch notwendig sei, den Erwerbslosen zu helfen. Diese Hilfe, die eine Woche vor der Wahl erstmalig in Erscheinung tritt, ist aber bei weitem nicht so großzügig wie die den Besitzenden zuteil gewordene. Einige Gruppen von Erwerbslosen werden während der Winterzeit je nach Größe der Familie 2 bis 6 Mk. Unterstützung pro Woche mehr erhalten. Diese recht magere Aufbesserung der Arbeitslosenunterstützung durch Papen täuscht niemand darüber hinweg, daß unter Papens Regime die Unterstützung fast vollständig abgebaut wurde. Papen hat den Erwerbslosen und Altersrentnern mehr als 500 Millionen Mk. genommen, nur 70 Millionen Mk. werden jetzt zurückerstattet. Die Tatsache wird damit nicht aus der Welt geschafft, daß unter der Regierung des Sozialdemokraten Müller die durchschnittliche Unterstützung pro Woche 20,20 Mk. betrug, während unter Papen durchschnittlich nur noch 10,20 Mk. pro Woche gezahlt werden.

Papen mag innerlich die Hoffnung haben, daß dieser von ihm ausgeworfene Wahlspeck geeignet ist, die Arbeitslosen in eine Falle zu locken. Nach der Wahl wird er erfahren, daß er sich getäuscht hat. Die Arbeitslosen werden ihre Stimme der SPD., Liste 2, geben, denn die Sozialdemokratie ist es gewesen, die die Arbeitslosenversicherung erkämpft und verteidigt hat. Unter sozialistisch geleiteter Regierung wurden die höchsten Unterstützungen gezahlt. Die Kommunisten haben die Arbeitslosenversicherung bekämpft, als das Gesetz im Reichstag verabschiedet wurde. Jede Stimme, die für diese Partei abgegeben wird, schädigt die Sache der Arbeiterschaft.

Kommunistische Demagogie

Der Kampf um die sozialen Errungenschaften, den die Arbeiterschaft unter Führung der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie aufnimmt, wird von den Kommunisten systematisch sabotiert. Anstatt sich in die Front gegen die reaktionären Unternehmer einzureihen, beschimpfen die Kommunisten die Gewerkschaften. Sie besitzen die Unverfrorenheit, der Arbeiterschaft glaubhaft zu machen, daß sie allein die Arbeiterinteressen wahren.

Wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, braucht den älteren Arbeitern nicht gesagt zu werden. Den jüngeren aber soll mehr als einmal in Erinnerung zurückgerufen werden, daß es die Kommunisten gewesen sind, die 1920 die Annahme des Betriebsrätegesetzes im Reichstag verhindern wollten. Während der zweiten Lesung des Gesetzes am 13. Januar demonstrierten sie vor dem Reichstag und versuchten mit Gewalt in das Gebäude einzudringen. 42 Tote und 105 Verletzte kostete diese Aktion. Das Betriebsrätegesetz wurde trotzdem verabschiedet und damit die erste gesetzliche Grundlage für eine Mitbestimmung der Arbeiterschaft im Betriebe geschaffen.

Auch das Arbeitslosenversicherungsgesetz haben die Kommunisten abgelehnt. Anlässlich der Beratung dieses Gesetzes 1927 sagte der Fraktionsredner Rädcl: „Die kommunistische Fraktion hat bei den Beratungen über das Arbeitslosenversicherungsgesetz keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie grundsätzlich gegen dieses Gesetz ist. Gemeinsam mit dem Bürgerblock, mit den Klassengegnern des Proletariats, hat die Sozialdemokratie dieses reaktionäre Gesetz geschaffen. Sie rühmt sich, daß durch ihre Initiative die Schaffung der Erwerbslosenversicherung erreicht worden sei. Mit ihrer Zustimmung übernimmt die Sozialdemokratie die vollständige Mitverantwortung für dieses neue Klassengesetz. Die kommunistische Fraktion lehnt dieses Gesetz, das ein Stück der reaktionären Bürgerblockpolitik ist, ab.“

Die Kommunisten spekulieren auf die Vergeblichkeit der Arbeiter, wenn sie heute den Anschein zu erwecken versuchen, als ob sie die Arbeitslosenversicherung erkämpft haben und sie bis zum äußersten verteidigen. Würden sie konsequent sein, müßten sie dieses nach ihrer Auffassung „reaktionäre Gesetz“ beseitigen helfen. Sie haben aber im Laufe der Jahre erkannt, wie wertvoll dieses Gesetz für die Arbeiterschaft ist und wollen deshalb heute nicht gern an ihre Stellungnahme bei der Schaffung des Gesetzes erinnern sein. Wir werden dafür sorgen, daß diese schamlose Haltung der Kommunisten niemals vergessen wird.

Arbeiter, habt acht!

Hinter dem Junker- und Baroniékabinet v. Papen steht die Schwerindustrie, das Sammelbecken aller arbeiterfeindlichen Forderungen. v. Papen findet deshalb das uneingeschränkte Lob aller Reaktionäre, weil er rücksichtslos die Forderungen der Unternehmer verwirklichen will. Wie aber ist es möglich, obwohl er keine Sympathie im Volk genießt, daß er diese Forderungen durchsetzen kann? Weil ihm die Nazis erst das Regieren ermöglichten. Denn ohne diese „Arbeiter“partei wäre kein reaktionärer Kurs möglich, weil die Regierungsmaßnahmen das Programm der Nazis sind.

Wer erinnert sich nicht des Kampfes der Faschisten gegen die Tariflöhne, Arbeitszeit, das Betriebsrätewesen und die soziale Gesetzgebung? Deshalb wurden sie von den Unternehmern unterstützt und sie wurden Mitglieder der „Arbeiter“partei. Heute wettern die Nazis gegen die „feinen Leute“ in der Regierung. Etwas Verlogeneres kann es kaum geben. Zum bevorstehenden Wahlkampf machen sie in Opposition des Stimmenfangs wegen. Und wie wird es nach der Wahl werden? Das Geheimnis lüftet schon jetzt der nationalsozialistische „Angriff“, der in seiner Nummer vom 15. Oktober schrieb: „Wenn selbst bei der äußersten Anstrengung jetzt noch kein voller Sieg der nationalsozialistischen Bewegung erreicht werden kann, dann muß wenigstens die Bahn freibleiben, die ein Zusammengehen, eine Majoritätsbildung zwischen Zentrum nicht unmöglich macht. Setzt man die Bedenken, die man gegen das Zentrum hat oder nach seiner Entwicklung haben muß, noch so hoch an, dann wird das

Genußmittelgewerbe noch immer an zweitbesten Stelle steht. Berücksichtigen wir ferner, daß in dieser Berufsgruppe sehr viele Zwerg- und Mittelbetriebe sind, so läßt sich feststellen, daß im Jahre 1929 ihre Einkünfte noch recht ansehnliche waren. Relativ gesehen sind sogar die Einkünfte der Nahrungs- und Genußmittelbranche größer als die des Handelsgewerbes, weil hier bei einem wesentlich höheren Steueraufkommen mehr Steuerpflichtige beteiligt sind. Das läßt die Schlussfolgerung zu, im Jahre 1929 wurde im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe noch gut verdient. Es ist nicht so, wie behauptet wird, daß die Nahrungs- und Genußmittelbranche keinen Gewinn mehr abwerfe. Wenn auch für die Folgezeit nicht mehr diese günstigen Erfolge erzielt werden dürften, dann soll nicht übersehen werden, daß das gesamte Volkseinkommen seit 1929 beträchtlich zurückgegangen ist und die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft einen weitaus höheren Einkommensschwund aufweist.

Kommt der Arbeitszwang?

Das ist die Folge der kapitalistischen Mißwirtschaft, überall sind Millionen Arbeiterhände zum Feiern gezwungen. Kein Hahn kräht nach ihnen, und wenn doch gegen die Arbeitslosigkeit etwas unternommen wird, dann geschieht das mit unzulänglichen Mitteln. In Deutschland soll neben v. Papens „Wirtschaftsankurbelung“ der freiwillige Arbeitsdienst die Arbeitslosigkeit beseitigen helfen. Mit besonderem Wohlbehagen stürzt sich die Schwerindustrie auf das Problem des Werkjahres und die übrige Reaktion ist nicht minder bemüht, derartige „Reformen“ ein- und durchzuführen. Überall dort, wo sich der Reaktion die Chance bietet, reaktionäre

WAHL SOZIALDEMOKRATEN LISTE 2

Endergebnis einer solchen Verbindung zum Wohle unseres Vaterlandes immer noch ein erheblich besseres sein als das bei jeder anderen unter den heutigen Zeitverhältnissen und Parteibestrebungen möglichen Konstellation“.

Der Kuhhandel um die Regierungssitze hat jetzt schon begonnen. Die Nazis haben ihr Drittes Reich bereits begraben und steuern nicht nur auf die Koalition mit dem „Erbfeind“ von gestern zu, sondern werden selbst mit Hugenberg Papen tolerieren. Und dann wehe der Arbeiterschaft, die nationalsozialistisch gewählt hat. Verhindert diese Katastrophe, wählt SPD., Liste 2! Arbeiter, habt acht!

Nahrungsmittelgewerbe und Einkommensteuer

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht im Heft 18 der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ die Ergebnisse der Einkommensteuerveranlagung für das Jahr 1929. Demnach betrug das Aufkommen an Einkommensteuer für das Deutsche Reich bei 3 217 349 Steuerpflichtigen 14,625 Milliarden Mark. Obwohl die Zahl der Steuerpflichtigen um ein geringes höher war als im Vorjahr, ist das steuerpflichtige Einkommen um 121 Millionen Mark zurückgegangen. Dieser Rückgang ist zweifellos ein weiteres Zeichen für die Verschlechterung unserer Wirtschaftslage, was auch durch den Rückgang der Einzeleinkommen recht anschaulich wird. So betrugen die Einzeleinkünfte aus Gewerbebetrieben 1928 im Durchschnitt 3940 Mk., 1929 nur 3748 Mk. Soweit das Einkommen sonstiger selbständiger Unternehmer aus gewerblichen Betrieben in Frage kommt, ging es von 6375 Mk. auf 5940 Mk. zurück. Die Unternehmer der Gewerbebetriebe stellen immer noch das Gros der Steuerpflichtigen mit 42,53 Proz. und brachten 50,33 Proz. der Einkommensteuerbeträge auf. Wird das Einkommensteueraufkommen und die Zahl der Steuerpflichtigen in Gewerbe- und Unternehmungsgruppen gegliedert, dann folgt das Nahrungsmittelgewerbe einschließlich der Genußmittelbranche an zweiter Stelle. Lediglich das Handelsgewerbe hatte 34,10 Proz. aller Steuerpflichtigen mit einem Gesamteinkommen von 2,958 496 Milliarden Mark. An zweiter Stelle und in weitem Abstand folgt das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit 9,58 Proz. der Steuerpflichtigen bei einem Gesamteinkommen von 982 028 Millionen Mark. Diese zweite Stelle wiederum wird von sämtlichen nachfolgenden Gewerbegruppen bei weitem nicht erreicht. Die nächste Gruppe ist das Baugewerbe, das rund 335 Millionen weniger Einkommen als das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe aufweist.

Diese Zahlen und Ergebnisse sind insofern aufschlußreich, weil, obwohl seit 1928 ein Rückgang der Einkommen zu verzeichnen ist, das Nahrungs- und

Maßnahmen durchzuführen, ist sie schnell zur Hand. Und die Dunkelmänner verstehen es. Sie sind auf dem besten Wege, selbst den freiwilligen Arbeitsdienst in die Zwangsarbeit umzugestalten. So sendet der Landrat des Kreises Wittenberg an die Jugendlichen folgende Schreiben:

„Sie haben sich auf meine Aufforderung nicht zum freiwilligen Arbeitsdienst gemeldet. Zur Ueberwindung der ausgefüllten Meldekarte setze ich ihnen eine letzte Frist von drei Tagen. Geht innerhalb derselben Meldung nicht ein, dann muß ich annehmen, daß sie nicht mehr hilfsbedürftig im fürsorgerechten Sinne sind. Ich werde dann prüfen, von welchem Zeitpunkt ab die Zahlung der Unterstützung eingestellt werden muß.“

Dieses Schreiben ist nur möglich unter dem gegenwärtig herrschenden reaktionär-politischen Kurs! Steigt die Reaktion am 6. November, dann wehe den Arbeitslosen und denen, die arbeitslos werden! Fegt deshalb diese reaktionäre Gesellschaft weg, indem ihr der einzigen Arbeiterpartei, der SPD., Liste 2 die Stimme gebt!

Peinliche Fragen an die Nazis

Wie kommt es, daß der nationalsozialistische Oberbonze Röhm, der seit langem durch Veröffentlichung der Photographien seiner Originalbriefe als Homosexueller entlarvt ist, von den Bereinigern der deutschen Kultur, den Osafs des Braunen Hauses, in seiner Stellung als Befehlshaber von hunderttausend deutschen Jünglingen gehalten wird? Ist das nicht eine Schande sondergleichen? Wenn dem Lehrer einer Knabenschule eine derartige krankhafte Veranlagung nachgewiesen würde, ließe man ihn auch nur einen Tag länger über junge Menschen die Aufsicht führen? Was mögen die Gründe sein, aus denen der Obermandarin Hitler, der angeblich Anstand und Sitte in Deutschland zu nie geahnter Vollkommenheit entwickeln will, den dicken Bonzen Röhm nicht abzusetzen wagt?

Es gab mal einen homosexuellen Moltke-Skandal, der auf der ganzen Welt ein verächtliches Gelächter über deutsche Zustände entfesselt hat. Es gibt seit vielen Monaten einen ebensolchen Röhm-Skandal, dessen Anstößigkeit vor den Augen der ganzen Welt den deutschen Namen mit Schande befleckt. Was soll aus Deutschland werden, wenn der SA-Mann und die anderen Hitler-Wähler Röhm und seiner Tafelrunde zu unbeschränkter Gewalt in Deutschland verhelfen? Und wie wird Deutschlands Erneuerung dann aussehen?

Es wird keinem Nazi gelingen, darauf eine Antwort zu finden. Die Antwort der ehrlichen Nazi-anhänger kann nur darin bestehen, daß sie am 6. November mit dem Stimmzettel für die SPD. und gegen die „römische“ Schande gutzumachen suchen, was sie am werktätigen deutschen Volk bisher gesündigt haben.

Adlige Stellenvermittler

Die „grundsätzlich neue Staatsführung“ der Regierung Papen besteht darin, daß sie alle sozialdemokratischen Beamten, ganz gleich, ob es sich um Berufsbeamte oder Wahlbeamte handelt, aus ihren Stellungen herauswirft. Anfänglich konnte man der Meinung sein, daß es geschieht, um den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Verwaltung zu brechen. Heute ist bekannt, daß andere Gründe eine ebenso wesentliche Rolle dabei mitgespielt haben. Nach Pressemeldungen befinden sich unter den neuernannten Beamten vier, die dem Studentenkorps Saxonia angehören, zu dem auch der Reichsinnenminister Gayl gehört. Der Verdacht liegt nahe, daß hier eine Stellenvermittlung betrieben wurde, bei der weniger auf Tüchtigkeit als auf Zugehörigkeit zu diesem feudalen Korps gesehen wurde. Die Reichsregierung hat, wie nicht anders zu erwarten war, dementiert und erklärt, daß der Reichsinnenminister mit den preußischen Beamten-ernennungen nichts zu tun habe. Trotzdem bleibt aber die Tatsache bestehen, daß vier von den neuernannten Beamten Korpsbrüder des Reichsinnenministers sind.

Not der Konditorgehilfen

Auf keine Berufsgruppe wirkt sich die Wirtschaftskrise so verheerend aus wie auf die der Konditorgehilfen. Das Konditorgewerbe ist überwiegend Luxusgewerbe und wird heute nur noch von denen in Anspruch genommen, deren Geldbörse nicht an der großen Volkskrankheit „Geldmangel“ leidet. Leider trägt an dieser Entwicklung das Konditorgewerbe einen großen Teil selbst Schuld. Die Unternehmer haben bis heute nur mit einigen Ausnahmen die Preise für ihre Waren volkstümlich gestaltet. Sie gehen trotz des Daniederliegens der Wirtschaft nicht von einer überspannten Warenkalkulation ab. Ein Blick in ein Konditorschauenster oder der Besuch einer Konditorei genügt, um sich hiervon zu überzeugen. Daß unter diesen Tatsachen der Warenumsatz von Tag zu Tag zurückgeht, ist verständlich.

Der Hauptleidtragende, auf den sich in erster Linie diese Verhältnisse auswirken, ist der Konditorgehilfe. Ihn erreicht früher oder später das Schicksal. Nach langer verkürzter Arbeitszeit und verkürztem Lohn kommt die Entlassung und damit die Hoffnungslosigkeit, in absehbarer Zeit in seinem Beruf wieder Arbeit zu finden. Hinzu kommt, daß gerade der Konditorgehilfe bei langer Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen beruflichen Untätigkeit, nicht mehr in der Lage ist, allen beruflichen Neuerungen, wie sie das Konditorgewerbe mit sich bringt, Rechnung zu tragen.

Besonders kritisch gestaltet sich die Lage der ausgelernten Lehrlinge. Von diesen jungen Kollegen erhalten recht wenige nach Abschluß der Lehre als Hilfe Arbeit. Das Erlernte geht schnell wieder verloren und letzten Endes müssen sie nach langer Arbeitslosigkeit das Leben als ungelernter Arbeiter fristen. Charakteristisch ist, daß in Berlin heute noch keine 300 Konditorgehilfen in ihrem Beruf arbeiten. Im Jahre 1928 waren es noch 1700 bis 1800. Verantwortunglos ist dagegen die Neueinstellung von Lehrlingen. Eine Mitteilung aus einer süddeutschen Stadt besagt, daß neben 40 Gehilfen über 100 Lehrlinge ausgebildet werden. Daß seitens der Konditormeister ein starker Lohndruck ausgeübt wird, gehört

zu den Selbstverständlichkeiten dieses kapitalistischen Unternehmertums.

In den Reihen der unter langer Arbeitslosigkeit leidenden Konditorgehilfen greift ob dieser Situation Verzweiflung und Resignation Platz. Sie verstehen erst jetzt, daß sie während der wirtschaftlichen Konjunktur, als sie Arbeit hatten, große Fehler gemacht haben. Das Abseitsstehen von ihrer Gewerkschaft trägt bittere Früchte. Sie sind hilflos und rücksichtslos allen Unbilden der unfähigen Wirtschaftsordnung preisgegeben. An diesen Tatsachen sollten aber alle noch in Stellung befindlichen unorganisierten Kollegen lernen, und zwar deshalb, weil die Zukunft recht trübe vor uns liegt und das Damoklesschwert der Arbeitslosigkeit jedem einzelnen über dem Haupte schwebt. Deshalb tretet ein in eure Gewerkschaft und setzt euch zur Wehr!

Gehässigkeiten

Der Deutsche Brau- und Malzmeisterbund hielt in Berlin seine 20. Hauptversammlung ab. An sich war sie eine bedeutungslose Angelegenheit, die auch uns wenig interessieren würde, wenn nicht in einem Artikel, der vor der Tagung durch die Unternehmerpresse ging, der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung einige Seitenhiebe versetzt worden wären. In dem Artikel wurde mit starken Worten gefordert, daß die bestehenden Tarifverträge erhalten bleiben müssen, und daß mit dem Abbau der Gehälter nunmehr endlich Schluß gemacht werden muß. Damit diese Forderungen bei den Unternehmern aber nicht so aufgefaßt werden, wie sie zu lesen sind, wird mit vielen Worten, aber wenig Ueberzeugung darauf hingewiesen, daß Voraussetzung für die schaffensfrohe Mitarbeit des deutschen Braumeister- und Malzmeisterstandes am Wohle der deutschen Brauindustrie Gerechtigkeit und die Befreiung von Sorge und Not ist. Nur ein freier Mensch und nur ein freier Stand könne seine Kraft einsetzen für andere, für seine Arbeitgeber. Gewarnt wird dann besonders vor der drohenden „Verproletarisierung“, die eintreten würde, wenn die Braumeister ohne Tarifvertrag, ohne ausreichende Entlohnung und ohne sichergestellte wirtschaftliche Existenz zum häufigen Arbeitswechsel gezwungen würden. Mit besonderem Stolz wird hervorgehoben (die Unternehmer wissen dies auch so), daß es gelungen ist, den Bund davor zu bewahren, daß aus ihm etwas anderes wurde, als seine Gründer es gewollt haben. Angespielt wird damit auf die Bestrebungen, die vor Jahren bezweckten, die Interessen der Brau- und Malzmeister auf freigewerkschaftlicher Grundlage energischer als bisher zu vertreten. Und, um dem Schmus die Krone aufzusetzen, wird mit besonderer Genugtuung erwähnt, daß alle strittigen Fragen aus dem Dienstverhältnis anständig erledigt wurden, ohne daß die in „freigewerkschaftlicher Forderung liegenden Gehässigkeiten“ zur Geltung gebracht wurden.

Es muß stark bezweifelt werden, daß der Schreiber jenes Artikels sich der Tragweite dieser Worte bewußt gewesen ist. Er würde sie sonst, weil sie unberechtigt sind, unterlassen haben.

Sollte in diesen Worten jedoch ein Bekenntnis liegen, dann ist es notwendig, darauf hinzuweisen, was der Brau- und Malzmeisterbund durch Abschluß eines

Tarifvertrages für seine Mitglieder erreichte, hat er nur der freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft, insbesondere unserer Organisation zu verdanken. Wer hat dem Tarifvertrag seine heutige Bedeutung erkämpft? Wer ist der eifrigste Verteidiger des von dem Unternehmertum so stark bekämpften Tarifgedankens? Das sind die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Wenn sie im Kampf um den Tarif unterlegen wären, dann würden die Brau- und Malzmeister die ersten gewesen sein, deren Gehalt mit mehr oder weniger Willkür geregelt würde. Erinnert sei bei dieser Gelegenheit auch noch an die Inflationszeit, in der die Höhe der jeweiligen Brau- und Malzmeistergehälter fast ausschließlich abhing von den durch unseren Verband herbeigeführten Lohnabschlüssen.

So liegen die Dinge in Wirklichkeit. Wenn versucht wird, sie anders darzustellen, dann widerspricht es der Wahrheit. Im übrigen werden auch die heute gemachten Anstrengungen des Bundes, die Brau- und Malzmeister davor zu behüten, daß sie „verproletarisieren“ werden, ohne Erfolg bleiben. Ein großer Teil ist es schon und der Rest wird, je weiter sich die kapitalistische Wirtschaft entwickelt, diesen Weg gehen müssen. Es werden dann nur noch wenige übrigbleiben, die von sich behaupten können, keine Beziehungen zur Klasse der Ausgebeuteten zu haben. Die Mechanisierung und Rationalisierung der Arbeit hat diese Entwicklung beschleunigt.

Nazis wollen Monarchie

Es soll eine sozialmonarchistische Partei geben. In der Öffentlichkeit ist von ihr noch nicht viel bekannt geworden. Sie wird auch nie Bedeutung erlangen, denn das was sie will, wollen die Nazis auch, nämlich die Monarchie, die im Jahre 1918 das deutsche Volk schmählich im Stich gelassen hat, wieder zum Leben erwecken. Dort, wo die Nazis Arbeiter vor sich haben, bestreiten sie, jemals an eine Wiederherstellung der Monarchie zu denken. Die Praxis beweist jedoch das Gegenteil. Nicht nur, daß in den Reihen der Nazis Hohenzollernsprößlinge und viele Fürsten und Herzöge bestimmenden Einfluß haben, auch ihr Programm enthält, wenn auch in unklarer Form, dieses Ziel. Im „Völkischen Beobachter“ Nr. 288 wird diese Unklarheit aufrechterhalten versucht. Es heißt dort, daß die Nazis es heute noch nicht wissen, ob Deutschland für ewig Republik bleiben soll oder ob die Monarchie in irgendeiner Form wiederkehren wird. Sie wollen sich darüber nicht den Kopf zerbrechen. Wenn dies hundertprozentige Wahrheit ist, dann müßten die Naziführer die größten Stümper sein, denn Republik oder Monarchie sind lebenswichtige Fragen eines Volkes, die niemals unbeachtet bleiben können.

Diese angebliche Interesselosigkeit ist aber nur ein Täuschungsmanöver. In Wirklichkeit sind sie in Sorge darum, daß die jetzige Regierung bereits die Monarchie verwirklicht und ihnen damit den Wind aus den Segeln nimmt. Dies kommt unmißverständlich zum Ausdruck in dem letzten Satz des Artikels. „Der monarchistische Gedanke würde damit endgültig tot sein.“ Nämlich, wenn die Monarchie von der Barone-Regierung in den Sattel gehoben und, wie zu erwarten ist, vom Volk wieder hinweggefegt wird. Papen und Hitler wollen die Monarchie, beide wollen das Volk wieder in Abhängigkeit zurückführen. Dagegen kämpfen wir. Wer mit uns kämpft, der gibt am 6. November der Liste 2 die Stimme!

Römisches Winzerfest

Der Rausch, der aus Fülle und Duft der reifen Trauben steigt im reichen Lande, ist wohl schöner noch als der Rausch aus jungem Wein. Seit je waren darum diese besonnenen Herbstwochen die Zeiten der römischen Bacchanalien. Waren es bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts hinein. Sind es, in ihrer gewandelten Art, heute noch geblieben. Heute wie damals sind es riesige Volksfeste; man nennt sie nur anders: Winzerfeiern oder Kirmeß der Trauben oder wie sonst immer. Und die schönen kleinen Nester auf den Rom umziehenden Bergen der Castelli Romani überbieten sich in solchen Feiern diese Wochen hindurch. Marino, nicht minder berühmt als Frascati, steht allen voran.

Durch die Campagne, dann immer an hängenden Weingärten vorbei, hügelhinan geht die Fahrt. Auf dem Felshange liegt das Städtchen, mit breiten Straßen, großen, weiten Plätzen, vorspringenden Terrassen: der Blick geht weit in diese beseligende Landschaft der stillen Heiterkeit des Herzens, den Zug der klaren kreisförmigen Bergkette hin, die grüne Heide entlang nach der Silhouette der ewigen Stadt. Diese Landschaft eines sommerwarmen Oktobersonnentags schenkt heidnische Trunkenheit, auch ohne daß Feste gefeiert werden.

Aber gefeiert wird von morgens bis in die Nacht. Böllerschüsse begrüßen den Tag, Kapeilen blasen und flöten auf Plätzen und Straßen. Die katholische Kirche, die sich auch des Bacchuskultes angenommen hat, stellt die feierliche Prozession am Morgen, segnet den jungen Wein. Und auf dem Platze vor

der Kirche steht der haushohe riesige Korb, angefüllt, den Rand köstlich überquellend, mit einem Berge von Weintrauben. Von diesem Märchenberge dürfen gratis alle die Tausende essen, die aus Rom und den Nachbarorten herbeidrängen. Sie finden Pferderennen, Lotterien, eine festlich geschmückte Stadt und neben den Trauben auch gratis den Wein. Denn das ist hier noch wie bei jenen mittelalterlichen Feiern, von denen alte Chroniken berichten: aus den Brunnen fließt der Wein, roter und weißer, wonach es nur jemanden gelüste. Die schöne alte Fontana dei Mori, die sonst ein öffentlicher Brunnen ist, von dem die Frauen, den hohen kupfernen Krug auf dem Kopfe, das Wasser holen, ist heute ein öffentlicher Weinbrunnen geworden. Mit starkem Dufte fließt der weiße Wein heraus, und vom frühen Nachmittag an darf jeder seinen Becher füllen. Und auf einem andern Platze fließt roter Wein, daß es eine Lust ist...

Da fahren nicht nur die Züge und Trambahnen lebensgefährlich überfüllt in das gastliche Städtchen; da sausen hunderte und hunderte Autos daher, private und römische Taxis (denn an solchen Tagen spielen die kleinsten Beamten und jüngsten Burschen die großen Herren und lassen sich nicht lumpen). Das drängt sich alles die Straßen, die Plätze hinauf und hinab, ist lustig und singt, „steht spazieren“ in Gruppen (denn in der Sonne spazieren „stehen“ ist viel beliebter als spazieren gehen). Das neckt sich und klettert an Balkonen hinauf, die alle festlich überladen sind mit der Märchenfülle großer herunterhängender Trauben. Und die Frauen lachen von den Balkonen herab und sehen den Meisterkletterern zu. Alles ist seltsam kindlich. Ueber allem schwebt diese heidnische Trunkenheit. Aber niemand, bis in

den späten Abend hinein, ist ordinär betrunken, obgleich der Wein aus den Brunnen fließt...

Sie sind lieb miteinander und spielerisch wie Kinder, beschimpfen sich nicht, stoßen sich nicht dort, wo Polizisten in mittelalterlich verschollenen Uniformen die Trauben die Leiter hinab vom Korbe reichen, wo an den Brunnen die Menge lachend steht und einer nach dem andern sich den Becher füllt.

Das ist wirklich schön anzuschauen. Und der seltsame Zusammenklang, der so natürlich hier geworden ist, der Zusammenklang von Landschaft, Kindertanz um den Traubenberg vor der Kirche und abendlicher Messe drinnen, mit Orgelklang, frommem Sang, feierlichen Responsorien, die durch die offenen Türen in die Menge schallen — er hat eine sinnvolle Harmonie der großen Selbstverständlichkeit bekommen.

Schon dröhnen in die Abendmesse neue Böller aus wachsender Dunkelheit. Musik spielt. Licht flammt auf. In hunderten Fünfspitzsternen, den Davidszeichen zum Verwechseln ähnlich, flammen Straßen und Plätze auf. Die große Bacchusprozession beginnt. Zwölf weiße umbrische Ochsen, herrlich geschmückt, ziehen den großen Karren. Was dargestellt wird, ist im Grunde gleichgültig, denn es ist und bleibt immer eine Ehrung des Gottes Bacchus.

Vom Weindufte ist die ganze Luft erfüllt. Trauben liegen auf Straßen, auf Tischen, in allen Winkeln. Bespritzt vom süßen Traubenblut sind Gesichter von Kindern und Großen. Von den Balkonen singt es, von den Hängen, aus den Gärten, aus phantastisch auffunkelnden Winkeln. Die Nacht selber singt das tiefe bacchische Lied der Erdenlust... die es noch gibt, die es wahrhaftig noch gibt, die es zuweilen hier noch gibt!

Verbrauchsverteuerung

Massenarbeitslosigkeit, Lohnabbau und Schmälerung des Volkseinkommens sind die sichtbarsten Spuren der Wirtschaftskrise. Der Staat gefährdet durch seine Eingriffe in das Tarifrecht die Lebenshaltung der breiten Massen und drangsaliert den Staatsbürger mit Lasten, an deren Abbau vorerst noch kein Mensch denkt. Es tritt neben die rein ökonomische Verbrauchsbelastung noch die fiskalische. Sie äußert sich durch die Besteuerung an Realsteuern, dann wieder durch die indirekten Steuern und Zölle.

Das Statistische Reichsamt hat in Heft 21 der Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reiches Untersuchungen über die fiskalische Verbrauchsverteuerung angestellt, die einen interessanten Aufschluß über dies Gebiet ermöglichen. Die Untersuchungen erstrecken sich auf das Etatsjahr 1929/30, berücksichtigen die inzwischen durchgeführten Zollerhöhungen nicht und lassen auch den Preisabbau unberücksichtigt. Trotzdem hat der Wert der Erhebungen keineswegs abgenommen.

Im Vorkriegsdeutschland betrug das Aufkommen an der Verbrauchsbesteuerung pro Kopf der Bevölkerung 24,33 Mk. Sie stieg 1929/30 auf das Dreifache mit 73,83 Mk. Wird die in dieser Zeit eingetretene Geldentwertung berücksichtigt, so ergibt sich eine Steigerung von 125 Prozent. Es haben sich also gegenüber der Vorkriegszeit die Lebenshaltungskosten durch die fiskalische Belastung um 125 Proz. verteuert. Diese Besteuerung setzt sich aus den Steuern für Tabak, Rauchtobak, Zigarren, Zigaretten, Bier, Zucker, Branntwein, Leuchtmittel, Spielkarten, Essigsäure, Mineralwasser, Süßstoff, Mineralöl, Umsatzsteuer, Beförderungssteuer, Ländersteuern auf Fleisch und Bier zusammen. Bei dem Steuersatz pro Kopf mit 73,83 Mk. ergibt sich für eine Familie mit zwei Kindern im Jahr eine Steuerbelastung von 221,40 Mk. Legen wir dieser Belastung ein monatliches Einkommen von 200 Mk. oder 2400 Mk. im Jahr zugrunde, so ergeben sich etwa 9 Proz. vom Gesamteinkommen. Im Belastungsbetrag von 73,83 Mk. ist die Umsatzsteuer mit 0,75 Proz. enthalten, die pro Kopf der Bevölkerung den Betrag von 15,84 Mk. ergibt. Augenblicklich beträgt sie 2 Proz. oder eine Gesamtbelastung von 93 Mk.

Der „Wirtschaftsdienst“ weist in seiner Nr. 39/1932 auf Zollerhöhungen und Heraussetzung der Steuern einzelner Genußmittel, einschließlich der kommunalen Getränkesteuern hin, so daß sich praktisch ein Belastungssatz von 105 Mk. pro Kopf der Bevölkerung ergibt. Der inzwischen eingetretene Preisabbau wird mit 20 Proz. eingesetzt, zu der eine 20prozentige Verbrauchseinschränkung kommt, so daß sich bei einem Satz von 67 Mk. Verbrauchsbelastung pro Kopf der Bevölkerung eine jährliche Belastung von 201 Mk. pro Familie ergeben. Würde nun ein bisheriges Arbeitseinkommen in Höhe von 1800 Mk. um 25 Proz. gekürzt worden sein, so beträgt die relative Jahresbelastung 11 Proz.

Unser Steuer- und Zollanarchismus kommt dadurch drastisch zum Ausdruck, daß selbst der Arbeitslose dem Staat durch seine Verbrauchsbelastung bei einem jährlichen „Einkommen“ von etwa 600 Mk. 9 Proz., das sind 54 Mk., zurückzahlen muß! Er bezahlt dem Staat genau so viel Steuern wie ein im Jahre 1929 Vollbeschäftigter! Selbstverständlich verringert sich die Steuerbelastung des Arbeitslosen, sofern er sich nur mit den notdürftigsten Lebens- und Genußmitteln versieht, auf etwa 7,2 Proz. Dieser Betrag sinkt weiter, wenn der Arbeitslose auf alle Genüsse verzichten muß! Der Schmachtriemen ist bereits so eng geschnallt, daß dem Arbeitslosen bei weiterem Anziehen die Luft wegbleibt.

Das Statistische Reichsamt errechnet für 1930/31 eine Steuerbelastung pro Kopf der Bevölkerung mit 71,21 Mk., die auf die Familie umgerechnet den Betrag von 223,63 Mk. im Jahr ergab. Davon entfallen Steuern auf Brotgetreidezölle 2,56 Mk. (3,5 Proz.), zu denen weitere Steuern in Form von Zöllen für Futtergetreide, Mehl, Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Vieh- und Fleischwaren, Obst und Küchengewächsen, Molkereiprodukte und Eier in Höhe von 6,56 Mk. (9,2 Proz.) kommen. Alles in allem ist die fiskalische Belastung, die sich in Form von Verbrauchssteuern und Zöllen bemerkbar macht, eine unerhörte Belastung der Verbraucher. Sie ist ein wertvoller Beitrag zum Kapitel „Wirtschaftsbelebung“.

Beschäftigungsgrad in der Süßwarenindustrie im September 1932

Wie bereits in Nummer 42 berichtet werden konnte, ist im September eine Belebung der Süßwarenindustrie durch die Aufträge für das Weihnachtsgeschäft eingetreten. Dies kommt auch zahlenmäßig in unserer monatlichen Feststellung zum Ausdruck. In 202 berichtenden Betrieben, die zusammen 29 686 Personen beschäftigen, wurden 3893 Arbeiter neu eingestellt. Das ist aber nicht, wie auch an dieser Stelle ausdrücklich hervorgehoben sei, etwa auf die

Papensche Verordnung „zur Belebung der Wirtschaft“ zurückzuführen. In 81 Betrieben wurde immer noch kurz gearbeitet und in weiteren zehn Fällen erfolgte eine teilweise Stilllegung einzelner Abteilungen bzw. ganzer Betriebe. Im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Monaten ergibt sich folgendes Bild:

Monat	Berichtende Betriebe	Zahl der Beschäftigten			Neueinstellte	Entlassen	Anzahl der Betriebe			
		männlich	weiblich	zus.			mit Überstunden	mit Kurzarbeit	m. teilw. Stillleg.	ganz Betr.
Juli 1932	187	7159	17054	24218	178 915	3	102	18	25	
August 1932	180	6442	15611	22053	902 226	4	103	14	10	
Sept. 1932	202	7810	21876	29686	3893 118	13	81	5	5	

Der Grad der Beschäftigung hat sich im September in der Weise gebessert, daß 35,1 Proz. über einen guten, 39,6 Proz. über einen befriedigenden und 25,3 Proz. über einen schlechten Beschäftigungsgrad berichteten.

Monat	Gut		Befriedigend		Schlecht	
	Betriebe	Beschäft.	Betriebe	Beschäft.	Betriebe	Beschäft.
Juli 1932	22	3 708	69	8 803	96	11 702
August 1932	26	3 000	67	10 481	87	8 572
Septemb. 1932	71	13 808	80	12 557	51	3 321
	35,1 %	46,5 %	39,6 %	42,3 %	25,3 %	11,2 %

Versammlungen müssen regelmässig besucht werden!

Am 29. Oktober ist der 45. Wochenbeitrag fällig

Die Berliner Süßwarenindustrie

Die Unternehmer der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie hatten stets die Auffassung vertreten, daß ihre Betriebe Saisonbetriebe seien. Diese Auffassung hatte ihre Begründung darin, daß eine saisonmäßige Belebung gegen Ostern und Weihnachten durch viel Mehrarbeit und viele Einstellungen von Arbeitskräften einsetzte. Nach der Statistik der Ortsgruppe Berlin schwankt die Kurve der Beschäftigtenziffer der Berliner Betriebe folgendermaßen. Es wurden beschäftigt:

Dezember 1927	in 139 Betrieben	10 286 Arbeitn.
Juli 1927	„ 130	7 430
Dezember 1928	„ 138	10 291
Juni 1928	„ 130	7 620
November 1929	„ 150	10 097
20. Dezember 1929	„ 150	7 800
November 1930	„ 130	10 097
Dezember 1930	„ 147	10 837
Januar 1931	„ 147	6 900
November 1931	„ 120	7 120

Die Jahre 1931 und 1932 sind gekennzeichnet durch sehr viel Kurzarbeit. Die sogenannten Saisonzeiten sind abgekürzt, beginnen und enden in den einzelnen Betrieben verschieden. Auch kam seit 1931 in fast allen Betrieben schon in der Saisonzeit Kurzarbeit von 40 Stunden vor. Die Einstellungsziffer von Aushilfskräften sinkt ständig. 1932 hört die Kurzarbeit von 24 bis 40 Stunden die Woche überhaupt nicht mehr auf. Im Juni 1932 wurden in 86 Betrieben nur 4870 Beschäftigte, darunter viel Kurzarbeiter, gezählt.

Heute nach Erlaß der Papen-Notverordnung wollen die Unternehmer mit allen Mitteln dagegen ankämpfen, als Saisonbetriebe betrachtet zu werden. Dazu bringen die Tageszeitungen Berichte und Zahlen von eingestellten Arbeitskräften, die „auf Grund der Notverordnung“ zur Vermehrung der Arbeitsgelegenheiten vorgenommen wurden.

Wir geben die Zahlen der Einstellung von Arbeitskräften von 20 Betrieben im Vergleich zum Vorjahre an. Im September 1931 wurden in 20 Betrieben 743 Arbeitskräfte eingestellt, im September 1932 wurden in 20 Betrieben 579 Arbeitskräfte eingestellt. Danach unterschreiten die Einstellungen den September 1931 um 164 Personen. Im vergangenen Jahre wurden nach 3 bis 4 Monaten am Schluß der Saison von den 1434 Einstellungen 1120 Entlassungen vorgenommen. Ein Teil konnte also nur noch in der Ostertagszeit gehalten werden. Auch in diesem Jahre werden die Firmen nicht die angeblich auf Grund der Papen-Notverordnung eingestellten, an Zahl geringeren, Arbeitskräfte in den Betrieben halten können. Die Sünden der Kaufkraftschumpfung bleiben der Fluch der Krise und die Kurzsichtigkeit der Gegner des werktätigen Volkes will immer noch weiter die Löhne drosseln. Wie kann auf diese Weise eine Ankurbelung der Wirtschaft möglich sein? Die Zahlenangabe der Neueinstellungen im September sind ein Zeichen, daß es mit der Schaffung von neuen Arbeitsstellen nichts ist und daß nur eine verkümmerte Saisonbelebung vor Weihnachten eingetreten ist.

Hü und hott!

Einer der größten Strategen der Nazis ist der ehemalige Apotheker Gregor Straßer. Ihm heftet sich der Nimbus an, er sei der Führer des wahrhaft „sozialistischen“ Flügels der Faschisten. In der Nazi-Zeitschrift „Kampf um Deutschland“ legte nun Straßer ein Bekenntnis zum Sozialismus ab, indem er schreibt: „Wir sind Sozialisten, sind Todfeinde des heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystems... wir sind entschlossen, dieses System unter allen Umständen zu vernichten.“

Nun hatte der amerikanische Journalist Knickerbocker Gelegenheit, Straßer über das Wesen des Antikapitalismus der Nazi-Partei zu interviewen. Getreu dem Bibelwortes, „wess das Herz voll ist, dem gehet der Mund über“ plädierte Straßer ohne Umschweife über das wahre Wesen der Nazi-Partei. Dem amerikanischen Journalisten gegenüber umriß er die Stellung seiner Partei zum Kapitalismus wie folgt: „Wir erkennen das Privateigentum an. Wir erkennen die private Initiative an, wir sind gegen die Verstaatlichung des Handels.“

Was ist das für eine Partei und was sind das für Führer, die ihrer parteipolitischen Einstellung zweierlei Deutung geben? Für die Naziproleten gebärdet man sich hyperradikal, markiert den Kapitalistenfeind, und widerruft, wofür man vorher große Begeisterung zeigte. Die Führer der Nazi-Partei haben zwei Seelen in der Brust. Die eine, die Verrat an der Arbeiterschaft übt, und die andere, die es mit dem Unternehmertum hält.

Kann ein ehrlicher Arbeiter, dem es ernst ist mit der Verbesserung seiner Lage und der ebenso ehrlichen Willens ist, sich in die Front gegen den Kapitalismus einzureihen, diese Partei wählen? Nein und abermals nein! Sein Platz ist in der SPD. und seine Stimme gehört der SPD., Liste 2 am 6. November, denn nur so können seine Hoffnungen zur Schwächung des Kapitalismus erfüllt werden. Denkt daran!

Kontingentierung als untaugliches Mittel

Der Industrie ist schlimmes Heil widerfahren. Jahrelang liebäugelte sie mit den Nazis und machte sich alles zu eigen, was im national-„sozialistischen“ Parteiprogramm steht. So war ihre neueste Erfindung auf volkwirtschaftlichem Gebiet die Autarkie. Die Regierung beeilte sich schnellstens, ihre Wünsche zu erfüllen. Jetzt, wo die wirtschaftliche Isolierung Deutschlands beinahe vollständig durchgeführt ist, geht der Industrie ein Licht auf, wohin die Reise steigt. Nun hagelt es Proteste gegen das Reichskabinett und die „wahrhaft konservative Staatsführung“ erhält einen bösen Stoß. Der Regierungschef redet und redet jeden Sonntag über seine verfehlte Politik und ermahnt die Unternehmer, die ihnen gebotene Chance zu schätzen. Gegen seinen Willen bereitet er aber das Begräbnis eines sterbenden Wirtschaftssystems vor! Er jongliert mit der Not der Landwirtschaft und versucht die Kontingentierung agrarischer Produkte schmackhaft zu machen. Die Verluste für Vieh-, Milchprodukte und Eier werden auf 2 Milliarden Mark jährlich geschätzt. Dank der Zollpolitik der Papen-Regierung ist es heute unmöglich, Auslandsvieh nach Deutschland zu importieren. Schamhaft wird verschwiegen, daß der Zwei-Milliarden-Verlust auf den Gehalts- und Lohnabbau und auf die Verstümmelung der Unterstützungssätze zurückzuführen ist. Die agrarische Zeitschrift die „Ernährungswirtschaft“ belegt das, indem sie v. Papens Argumente bezüglich der Kontingentierung landwirtschaftlicher Erzeugnisse widerlegt. Seit Papens Regierungsherrlichkeit ist das Einkommen der Arbeiterschaft um 8 Milliarden gesunken. Naturgemäß wurde auch die Landwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen. Die „Ernährungswirtschaft“ beleuchtet diesen Zöllwahn an folgendem:

Ein in Berlin geschlachtetes dänisches Rind erbrachte 243,— Mk.
Zoll- und sonstige Unkosten 229,42 Mk.
Der dänische Verkäufer erhielt 14,45 Mk.

Ein in Lübeck geschlachtetes und nach Essen exportiertes Rind erbrachte 289,— Mk.
Zoll- und sonstige Unkosten 214,25 Mk.
Davon waren allein Zoll 122,50 Mk.

Die Folge dieser Zollpolitik ist, daß im zweiten Beispiel der Zoll 74 Proz. des Wertes ausmachte, und im ersten Fall erhielt der Verkäufer noch keine 15 Mk. für sein Rind! Hier wird bewiesen, welchen Zollschatz heute schon die Landwirtschaft genießt und wie widersinnig die Politik der Reichsregierung ist. Ein solches System, dem als oberster Leitstern nackte Wirtschaftsinteressen vorschweben, hat jedes Recht verwirkt, die Führung des deutschen Volkes zu übernehmen. Sorgt deshalb am 6. November dafür, daß es in der Versenkung verschwindet!

Das Handwerk gegen Gewerbefreiheit

Gewerbeordnung soll geändert werden.

Seit der Zeit der Stein-Hardenbergschen Reform besteht in Deutschland die Gewerbefreiheit. Jedermann ist es gestattet, einen Gewerbebetrieb unterhalten zu können, soweit ihn daran nicht gesetzliche Ausnahmen und Beschränkungen hindern. Der neue Staat übernahm diesen Grundsatz auch in die Reichsverfassung, den der § 111 regelt. Nun führen gerade die Kreise des Handwerks und des Handels einen ständigen Kleinkrieg gegen diese verfassungsrechtliche Bestimmung. Sie streben auf eine Aenderung der Gewerbeordnung hin, die eine Beseitigung der Gewerbefreiheit bedeuten würde. Nicht zuletzt ist gerade die faschistische Einstellung der Klein-gewerbetreibenden in der Beseitigung der Gewerbefreiheit begründet, weil sie vom Faschismus ihre Aufhebung erwarten. Sie übersehen dabei, daß sie erst der republikanischen Staatsform ihre politische Gleichberechtigung verdanken. Dieser von ihnen geführte Kleinkrieg ist ein Beispiel mehr, wie politisch undankbar der „Mittelstand“ ist und wie wenig er über eine politische Reife verfügt. Im Zusammenhang damit wird an der staatlichen Wirtschaftspolitik kein guter Fetzen gelassen und dem Staat vorgeworfen, er würde das Handwerk vernachlässigen. Das Gegenteil ist der Fall.

Dank der Handwerksnovelle von 1922 ist den Handwerkskammern eine öffentlich-rechtliche Stellung eingeräumt worden, die keineswegs zu unterschätzen ist. Trotz alledem sahen sich der Reichsverband des deutschen Handwerks und der Handwerks- und Gewerbeamtstag veranlaßt, einen Gesetzentwurf zur Aenderung der Gewerbeordnung auszuarbeiten. Obwohl der Entwurf vorerst noch Gegenstand von Beratungen ist, wird sich die Reichsregierung in kürzester Zeit mit ihm befassen. Es wird der allgemeine Befähigungsnachweis zur Ausübung eines selbständigen Gewerbes verlangt und künftig soll die Ausübung eines Gewerbes von der Meisterprüfung abhängig sein. Begründet werden diese Forderungen in der Bekämpfung der Schwarzarbeit, des Pfuschertums und zum Schutze des Publikums, das vor minderwertigen Angeboten geschützt werden müsse. Diese Argumente sind nicht überzeugend. Das Handwerk verschanzt sich hinter Begründungen, die sehr fadenscheinig sind. Schwarzarbeit ist die Folge verfehlter Personalpolitik im Handwerk und auf Lehrlingszüchterei zurückzuführen. Der Arbeitsmarkt ist eben nicht in der Lage, den alljährlichen Lehrlingsüberschuß aufzunehmen. Aus Gründen der Existenzhaltung versucht dann der arbeitslose Handwerksgehilfe auf eigene Faust sein Brot zu finden. Mit der angeblichen „Pfuscharbeit“ ist es nicht anders. Nur um billige Arbeitskräfte zu haben, werden Lehrlinge „ausgebildet“, die in Wirklichkeit nicht mit dem Wesen des Handwerks vertraut gemacht werden und deren praktische und theoretische Kenntnisse sehr zu wünschen übriglassen. Würde bei der Lehrlingshaltung die Frage des Profits ausgeschaltet, dann gebe es einen gesunden Nachwuchs im Handwerk. Auch der Schutz des Publikums ist nicht überzeugend. Das Publikum weiß sehr wohl, eine Ware nach ihrem Wert zu beurteilen. Die Wünsche und Forderungen des Handwerks liegen auf dem Gebiet der Konkurrenz und des Wettbewerbs. Die Auswirkung der Lehrlingszüchterei hat Formen angenommen, daß es selbst dem Handwerk nicht wohl dabei ist. Damit wird die Suppe, aus der man allein mit Wohlbehagen schlürfen möchte, immer dünne, je mehr mitlöffeln. Und der „goldene Boden“ des Handwerks ist schon längst eine brüchige, unsichere Plattform, die zu allem Ueberfluß nicht mehr für alle Platz bietet, die sich auf ihr niederlassen möchten. Es ist nicht so um das Selbständigwerden, wie immer bei Lehrlingsfreisprechungen vor geöffneter Innungslade erklärt wird. Da wird den Junghandwerkern etwas vorgemacht, was sie später furchtbar ernüchternd als Traumgebilde erkennen und sie später mit einer furchtbaren Wirkung trifft. Die Sabotage der alteingesessenen Handwerksmeister, die nur immer am meisten darauf bedacht sind, dem jungen, vorwärtstrebenden Nachwuchs Knüppel zwischen die Beine zu werfen, macht sich bemerkbar.

Die Machinationen, die sich „Gesetzentwurf zur Aenderung der Gewerbeordnung“ nennen, sind nichts weiter wie Schikanen, die gesetzlich sanktioniert werden sollen. In ihnen kommt aber auch zum Ausdruck, wie es um das selbständige Handwerk beschaffen ist. Dort möchte man sich am liebsten mit Haut und Haaren gegenseitig auffressen und keinen Anfänger sehen, der sich durch Selbständigkeit seine Existenz sichern will. Wir sind ohnedies im Handwerk, soweit unsere Berufe in Frage kommen, auf dem besten Wege zu Familienbetrieben. Die Geschäfte sollen nur auf Familienmitglieder vererbt werden. Jene armen Teufel von Gesellen, denen ihr Vater kein Betriebskapital mitgeben kann, sollen ausgeschaltet bleiben. Ihnen geht es an den Krügen und sie sollen vernichtet werden. Die Lehrlingszüchterei aber wird lustig weitergehen. Deshalb Hände weg von der Aenderung der Gewerbefreiheit!

Einigkeit

Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 14. Oktober bis 20. Oktober 1932.

Postcheckkonto der Hauptkassier Berlin 120 79, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.

Ortsgruppen.

Neugersdorf 90,17, Velten 134,47, Güstrow 45,80, Meiningen 426,44, Vegesack 231,37, Allenstein 102,79, Siegen 251,36, Neidenburg 157,34, Neße 167,67, Laucha 52,30, Bischofsburg 200,97, Ulm 1634,76, Allstedt 210,27, Aachereben 200,—, Gardelegen 172,38, Guben 242,08, Harburg 563,—, Itzehoe 171,87, Lörrach 853,01, Neumünster 310,54, Pritzwalk 172,41, Sangerhausen 168,—, Uelzen 73,93, Wriezen 28,94, Hildesheim 220,27, Peritz 7,47, Dürkheim 45,56, Ingelstadt 442,40, Calbe 100,99, Hamm 102,11, Glatz 73,63, Weidentals 505,01, Thannhausen 228,67, Reichenhall 911,04, Reichenbach/Schl. 20,98, Zittau 236,05, Lauterbach 192,48, Nördlingen 297,35, Düsseldorf 126,88, Goslar 50,86, Könnern 422,60, Meissen 370,07, Oldenburg 1714,91, Pinneberg 159,50, Waldenburg 1361,49, Grünberg 177,72, Aulendorf 199,11, Darmstadt 287,59, Gleiwitz 39,38, Gmünd 70,—, Grünstadt 171,—, Heidelberg 143,67, Heidenheim 130,07, Kellinghusen 200,—, Marne 876,57, Oppeln 543,56, Ratibor 163,68, Reichenbach/V. 302,29, Sorau 224,69, Andernach 454,76, Jelnitz 95,10, Koblenz 48,38, Küstrin 70,03, Leer 208,33, Lübeck 23,42, Salzwedel 4,26, Schweidnitz 3,22, Schwiebus 175,53, Tiegenhof 60,90, Zwickau 21,80, Crimmitschau 126,23, Herford 3293,06, Homburg a. d. Saar 1107,05, Saarbrücken 3970,85, Lauterberg 700,01, Offenbach 126,20, Berlin 11,—, 28,90, Delitzsch 210,51, Kottbus 30,68, Görlitz 2121,51, Kolberg 409,48, Neustrelitz 100,—, Pfuldingen 754,15, Potsdam 200,—, Schwabach 156,48, Tangerhütte 94,20, Themar 214,99, Tilsit 138,58, Traunstein 151,50, Altenburg 465,30, Artern 559,03, Bremen 8,25, Bremerhaven 509,04, Glauchau 457,37, Ilmenau 96,37, Kosen 97,76, Oranienburg 45,73, Ribnitz 63,29, Sonneberg 506,—, Suhl 333,27, Wilsnack 72,24, Aachen 1300,66, Bautzen 970,—, Eßlingen 1,45, Gera 1489,23, Hannover 854,88, Kaiserslautern 461,90, Rügenwalde 597,31, Bautzen 230,—, Düsseldorf 33,35, Aue 131,50, Barmstedt 118,22, Dessau 171,53, Geislingen 18,42, C. O. Bräuhäuser 189,04, Königsberg (N.M.) 192,41, Rendsburg 79,10, Roßleben 49,10, Rudolstadt 389,30, Spremberg 466,50, Wernigerode 831,17, Wittenberge 38, Brake 101,06, Göttingen 436,31, Görlitz 200,—, Hanau 329,40, Limbach 926,45, Landau 40,—, Wetzlar 396,—, Neumünster 13,—, Mannheim 1093,02, Schwabach 500,—, Berlin 5000,—, Heilbronn 71,18, Unruhstadt 28,90, Seidenberg 126,36, Donaueschingen 122,07, Finsterwalde 217,05, Goldberg 45,60, Minden 482,51, Neustadt/S. 233,68, Oschersleben 690,71, Regensburg 20,—, Tost 291,75, Salzgungen 111,01, Falkenstein/V. 9,—, Annaberg 38,62, Biberach 459,13, Krefeld 355,—, 1626,—, Solingen 1075,91, Heilbronn 2117,11, Stuttgart 3061,84, Dortmund 8693,78, Hof 2381,15, Karlsruhe 3474,12, Kiel 2000,—, Münster 2256,40, Trier 500,—, Köln 50,26, Aurich 11,80, Eilenburg 125,—, Eisenach 300,—, Gerdaun 122,89, Gleiwitz 500,—, Holzminden 248,75, Lauterbach 18,—, Sonneberg 134,03, Schlochau 14,10, Schmiedefeld 194,23, Schönebeck 354,55, Schwennigen 244,92, Waren 30,—, Bielefeld 739,25, Bochum 4003,83, Duisburg 982,85, Chemnitz 1327,02.

Sonstiges:

Berlin 385,51, 71,33, 4,—, Essen 1,53, Berlin 14,68, 6,—, Danzig 7,54, Berlin 1,—, 34,35, 69,80, 197,91, 250,—, 0,50, Pritzwalk 11,25, Monheim 67,20, Münster 175,50, Ernstthal 1,23, München 0,80, Berlin 40,—, Sobland 7,60.

Korrespondenzen

Berlin. Hofbäckerei Heil „gefährdet“. Wie der § 7 der Notverordnung vom 5. Juli vom Unternehmer ausgeschaltet wird, zeigt die „Hofbäckerei“ Heil. Sie verlangte vom Schlichter die Ermächtigung, den Tariflohn um 20 Proz. unterschreiten zu können. Der Antrag wurde gestellt, ohne den Betriebsrat zu verständigen. Es bedurfte erst eines Antrages der Gewerkschaften und der Anordnung des Schlichters, die Scheu der Firma vor dem Betriebsrat zu beheben. Die Gewerkschaften und der Betriebsrat haben lückenlos nachgewiesen, daß die Anwendung des § 7 der Notverordnung hier nicht in Frage kommen kann. Die prozentuale Lohnquote, deren Höhe die Firma als einzigen Grund angegeben hat, ist nicht höher, als in den guten Jahren 1929, 1930 und 1931. In diesen Jahren hat die Firma sogar noch drei Bäckereibetriebe zugekauft. Die in diesen Jahren erlittenen Verluste haben mit dem § 7 der Verordnung nichts zu tun. Sie sind durch Verluste in Konkurs gegangener Lokale, wo sich die „bessere“ Bevölkerung über die schlechten Zeiten tröstete, entstanden. Für derartige Verluste kann aber die Belegschaft nicht verantwortlich gemacht werden. Wie arbeiterfreundlich der Firmeninhaber aber ist, worauf er sich immer wieder berief, bewies recht deutlich seine Ansicht, daß die Wirtschaftsverhältnisse seiner Beschäftigten, die er zwar bedauere, hinter seiner Wirtschaftslage zurücktreten müßten. Trotz aller unserer Einwände hat der Schlichter dem Antrag der Firma stattgegeben, wenn auch nur zur Hälfte erfüllt. Ob er damit die Verordnung nicht zu Unrecht angewendet hat, soll hier nicht weiter untersucht werden. Was sagt nun die Belegschaft dazu? Jetzt kann sie sich damit trösten, weil sie die „Ehre“ hat, bei einem Hofbäckermeister zu arbeiten, die es nicht gestattet, sich zu organisieren. Sie erkennt auch heute noch nicht die Konsequenz, sondern jammert vor dem Unternehmer und schimpft auf die Gewerkschaften, wozu sie keinerlei Recht hat.

Berlin. (Achtung!) Die Jugendwerke-Versammlung mußte auf Sonntag, den 30. Oktober, verlegt werden. Sie findet in den Residenzfestsälen, Landsberger Str. 31, statt. Alle Verbandsmitglieder sind verpflichtet, in den Betrieben die Lehrlinge und Jugendlichen auf diese Veranstaltung hinzuweisen und zu sorgen, daß sie durch starke Teilnahme zu einer imposanten Kundgebung der Jugend wird. Helft alle der Jugend aus der wirtschaftlichen Verelendung und führt sie der Organisation zu!

Düsseldorf. (Beigelegter Konflikt mit den Ruwa-Fleischwerken.) Der Arbeitskampf mit den Ruwa-Fleischwerken in Ratingen ist beendet. Nachdem die Firma Rud. Warm gegen unsere Organisation noch mehrere Schadenersatzklagen angestrengt hatte, sind nun im Wege des Vergleichs vor dem Landesarbeitsgericht alle Ansprüche fallen gelassen worden. Es soll lediglich noch darüber verhandelt werden, wie die Wiedereinstellungen erfolgen können. Es ist zu hoffen, daß auch hier eine Einigung erzielt werden kann, nachdem gerade in Rheinland-Westfalen in Verbindung mit der Notverordnung „Zur Belebung der Wirtschaft“ Einstellungen erfolgten.

Elmshorn. In den Wurst- und Fleischwarenfabriken ist nach zweitägigem Streik die Arbeit wieder aufgenommen worden. Der auf Grund des Schiedsspruchs erfolgte Lohnabzug wird zurückgezahlt. Der Lohn für Gesellen über 22 Jahre beträgt 84 Pf. Maßregelungen

finden nicht statt, das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen. Ab 1. Januar bis 31. März beträgt der Lohn 83 Pf. Die Parteien haben sich verpflichtet, ein allgemeines Lohnabkommen für die Provinz Schleswig-Holstein zu schaffen, damit die bisherigen Streitpunkte beseitigt werden. Mit 94 gegen 31 Stimmen wurde dem Abkommen zugestimmt. — Die KPD. und RGO. hatte sofort nach Streikbeschluss versucht, ihr Parteistüppchen an dem Streikfeuer zu wärmen. Flugblätter wurden herausgegeben, um einen Keil zwischen die Streikenden zu treiben. Gern hätte man auch eine besondere Streikleitung gebildet. In den „revolutionären“ Flugschriften wurde zur Sammlung aufgerufen, auch die Gewerbetreibenden sollten ihr Scherflein beisteuern. Die IAH, waltreibenden sollten in der Geschäftsleuten. — Daß sofort mit Sammelstellen bei den Geschäftsleuten, — Daß auch die Schlachterinnung bestreikt wurde, störte die IAH, keineswegs, auch bei den Schlachtermeistern den Klingelbeutel zu schwingen. Die Nazis hatten ebenfalls zur Sammlung aufgefordert. Wo wird nun das Geld bleiben? —

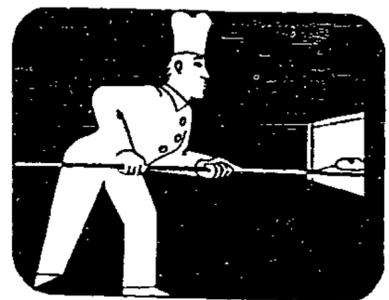
In der Streikversammlung versuchten die von Hamburg entsandten „Agitatoren“ Stimmung zu machen und waren entrüstet, daß ihnen ein Strich durch die Rechnung gemacht wurde. — Die „Einheitsfrontler“ hatten sich vergebens alle Mühe gegeben, Zwiertrecht in die Streikenden hineinzutragen. Nach Streikbeendigung werden sie ihr Handwerk unter verlogenen Darstellungen weitertreiben, zum Nachteil der Beschäftigten!

Mainz. (Einstellung ohne Lohnkürzung.) Zwischen der Aktienbrauerei Mainz und unserer Organisation fanden Verhandlungen zum Zwecke von Neueinstellungen statt. Es konnte vereinbart werden, daß 15 Arbeiter ab 24. Oktober neu eingestellt werden, ohne daß der gegenwärtige Tariflohn der bisherigen Belegschaft gekürzt wird. Den Neueingestellten muß ebenfalls der Tariflohn gezahlt werden und die augenblickliche Arbeitszeit darf keine weitere Kürzung erfahren. Die Neueinstellungen hängen keineswegs mit der beginnenden Malzkampagne zusammen, da die Brauerei genügend Mälzer hat. Sie erstrecken sich vielmehr nicht nur auf Brauer, sondern auch Handwerker und Hilfsarbeiter aller Art.

Weißenfels a. d. S. (Ein Scharfmacher.) Herr Oettler, seines Zeichens Brauereibesitzer und Obermanager des Arbeitgeberverbandes Weißenfels, leidet an Rotkoller. Er gefällt sich in wüsten Ausfällen gegen die Organisationsvertreter und bekennt sich zum „Herrn-im-Hause-Standpunkt“. Oettler hat seine Strategie im Weißenfels Schuharbeiterstreik bewiesen, wo er ja eine schallende Backpfeife erhielt. Weil er sich aber dort eine derbe Abfuhr gefallen lassen mußte, versucht er sich jetzt in den gleichen Maßnahmen in seinem Betrieb. Er ließ einen Aushang anbringen, demzufolge er bekannt gibt, daß er die Belegschaft von 61 auf 66 Köpfe erhöht habe und für sich einen 20prozentigen Lohnabzug in Anspruch nimmt. Gleichzeitig „erhöht“ er die Arbeitszeit für Verheiratete und Brauer von 36 auf 40 Stunden. In seiner Selbstherrlichkeit geht Herr Oettler so weit, der Notverordnung eine eigenmächtige Auslegung zu geben. Er glaubt dazu berechtigt zu sein, weil in seinem Betriebe frisch importierte Schüler aus Weihenstephan arbeiten, die nicht organisiert sind. Nun, Oettler wird vor dem Schlichter die entsprechende Belehrung erfahren, die ihm vorläufig als Manager des Arbeitgeberverbandes abgeht. Vorerst ist ihm zu empfehlen, sich mit dem Gedanken näher vertraut zu machen, wie sich die Arbeiterschaft in Weißenfels zu seiner Eigenmächtigkeit stellt. Ob es da nicht ein böses Erwachen geben kann?

Gewerkschaftliche Rundschau

Bäckerschutzzeichen in der Schweiz. Unsere schweizerische Bruderorganisation führt um die gewerkschaftliche Anerkennung einen erbitterten Kampf. Die Bäckermeister lehnen es ab, Arbeits- und Tarifverträge mit der Gewerkschaft abzuschließen und gehen sogar dazu über, daß denjenigen Bäckermeistern, die vertragstreu sind, der Bezug der Hefe entzogen wird und hohe Konventionstrafen verhängt werden. Die innungsamtlichen Stellenvermittler erklären den freigewerkschaftlich organisierten Kollegen ganz offen, daß sie wegen ihrer Verbandszugehörigkeit nicht auf eine Stellenvermittlung rechnen können. Um diesen unerhörten Zuständen ein Ende zu bereiten, wird jetzt in der Schweiz das



Schutzzeichen.

eingeführt. Mit ihm werden alle Backwaren ausgezeichnet sein, bei deren Herstellung freigewerkschaftlich organisierte Kollegen beschäftigt werden. Verbandsseitig wird das Schutzzeichen an alle Unternehmer ausgehändigt, die einmal organisierte Kollegen beschäftigen, die die Gewerkschaft anerkennen und die Forderungen des Verbandes erfüllen. Wie berichtet wird, ist der bisherige Erfolg ein überraschender. So haben z. B. in

Zürich eine große Anzahl Bäckermeister in ihren Verkaufsstellen das Schutzzeichen aushängen und die Arbeiter- und Konsumentenschaft richtet sich mit dem Einkauf danach. So kennt Amerika schon seit langem das Schutzzeichen, das Gewerkschafts-Label.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Deutschlands Auslandsschulden. Nach der bisher erfolgten Feststellung der Anmeldestelle für Auslandsschulden ergibt sich, daß Deutschland an das Ausland rund 20,6 Milliarden Mark schuldet. Nicht eingerechnet in diese Summe sind Auslandskredite, die den Betrag von 5000 Mk. nicht übersteigen. Die aus diesen Kleinkrediten sich ergebende Summe ist jedoch so minimal, daß sie an der Gesamtschuldsumme nur geringe Veränderungen bewirken würde. Die Auslandsschulden gliedern sich fast zu gleichen Teilen in kurzfristige, die bis zum Februar 1933, und langfristige Kredite, die nach diesem Zeitpunkt zurückgezahlt werden müssen.

Etwas mehr als 40 Proz. der Kredite hat Amerika an Deutschland gegeben, weiter ist mit 17 Proz. Holland, mit 13 Proz. die Schweiz und England mit 12 Proz. beteiligt. Der Rest verteilt sich auf eine Anzahl fremder Länder. Die Kredite sind fast zur Hälfte von der privaten Wirtschaft aufgenommen worden, von Banken und sonstigen Geldinstituten, einschließlich der Reichsbanken und zu zwei Fünftel auf öffentliche Körperschaften, das sind Reich, Länder und Gemeinden. Für die Verzinsung und Tilgung der Schulden müssen nächsten Jahr insgesamt 1438 Millionen Mark aufgebracht werden. Dazu kommt noch die Summe von etwa 200 Millionen Mark, die für anderweitige Zwecke an das Ausland abzuführen sind, so daß rund 1,7 Milliarden Mark insgesamt im nächsten Jahr von Deutschland an das Ausland gezahlt werden müssen.

Unternehmertum

Gemeinheiten. Die „Süddeutsche Müllerzeitung“ beschäftigt sich in ihrer Nummer 41/32 mit der in Aussicht stehenden Besserung der Wirtschaftslage. Ihre Ausführungen enthalten einige gemeine Verdächtigungen gegen die freien Gewerkschaften, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Nachdem sie allein entdeckt hat, daß Papen ein allzu weites Herz für die Großindustrie und ein allzu enges Herz für den Mittelstand hat, daß auf Grund der Regierungsmaßnahmen Zehntausende und aber Zehntausende von Arbeitskräften von den Straßen in die Fabriken verschwunden sind, schreibt sie: „Und dieser Tatbestand spottet in seiner Erfreulichkeit den krampfhaften Bemühungen der Gewerkschaften, mit ihren Dogmen das Kommende zu ersticken, wobei man sich insbesondere über das fabelhafte „Solidaritätsgefühl“ der gut verdienenden Gewerkschafter mit den hungernden Arbeitslosen wundern muß. Ginge es nach den sozialistischen Gewerkschaftssekretären und nicht nach dem Paragraph (gemeint ist Artikel) 48 der Reichsverfassung, so dürfte ruhig das halbe Volk verhungern, wenn nur die Mitglieder ihren Tariflohn weiter erhalten.“ Wir brauchen uns über die in den Unternehmerkreisen bestehende Unkenntnis nicht wundern, wenn sich ihre Zeitschriften bemühen, die Wahrheit umzubiegen. Es sind nicht Zehntausende und aber Zehntausende Arbeitskräfte von der Straße in die Fabriken verschwunden. Nach den authentischen Berichten der Schlichter sind es bisher noch keine 20 000. Als Ausgleich dafür sind in anderen Fabriken und bei der Reichsbahn weit mehr entlassen worden. Wenn die „Süddeutsche Müllerzeitung“ sich nur an die Zahlen der Arbeitsämter hält und damit beweisen will, daß die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist, dann ist sie wirklich mehr als ahnungslos, denn erst kürzlich hat das Konjunkturforschungsinstitut festgestellt, daß diese Zahlen mit der wirklichen Arbeitslosigkeit nicht übereinstimmen. Drittens muß festgestellt werden, daß die Gewerkschaften schon viele Monate lang dringend gefordert haben, die Arbeitszeit zu verkürzen, um die vorhandene Arbeit auf mehr Hände zu verteilen. Wenn dies nicht geschehen ist, dann sind nicht die Gewerkschaften daran schuld, sondern die Unternehmer, und wenn diese von Papen nicht materielle Vorteile für eine Verkürzung der Arbeitszeit erhalten würden, dann wäre es ihnen auch heute noch gleichgültig, ob Millionen Volksgenossen hungern oder nicht. Die Unternehmer haben also den allerwenigsten Anlaß, sich aufs hohe Pferd zu setzen.

„An deinem Herzen ist der schönste Ort.“ Der braunschweigische Minister D. Klages hat sich als Schriftsteller versucht und ein mit „Reichtum und soziale Gerechtigkeit“ betitelt Buch herausgegeben. Der Verlag sieht keinen besseren Weg, als dieses Pamphlet „wider den Kapitalismus“ in der Zeitschrift „Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ durch Prospekt anzupreisen. Daß er die monarchistischen Farben schwarz-weiß-rot trägt, ist ebenso verständlich, als daß ein Minister als Angehöriger der national-, sozialistischen Arbeiterpartei seine Zuflucht bei den Unternehmern sucht.

Gegnerische Organisationen

Zutreiber für die Faschisten. In Osnabrück entfaltet die Nazibetriebszellen-Abteilung rührige Tätigkeit, um die Bäcker- und Fleischergehilfen in ihre Netze zu locken. Sie finden in ihren Bemühungen Unterstützung an

dem Vorsitzenden Eichhorn von der Bäckerbrüderschaft und außerdem bemüht sich Syndikus Wellmann von der Handwerkerinnung recht übereifrig um die Ueberführung der Bäcker- und Fleischergehilfen in das Nazilager. Als Referent in einer am 29. September aufgezogenen Naziversammlung produzierte sich der Nazilandsabgeordnete Gronewald und der Brüderschaftsvorsitzende Eichhorn. Wie jämmerlich hörten sich aber ihre Reden an. Von der Verbesserung der Wirtschaftslage der in den Handwerksbetrieben beschäftigten Gesellen hörte man überhaupt nichts. Der Landtagsabgeordnete machte faschistische Politik und Eichhorn schimpfte wie ein Rohrspatz über die Konsumvereine. Zum Schlusse wurden die erschieneenen Bäcker- und Schlächtermeister angebettelt, Waren für die SA-Küche gratis zu liefern. Uns scheint, daß diese Bettelei der Hauptzweck der Versammlung war. Der Bäckerbrüderschaft gefällt die gelbe meistertreue Richtung nicht mehr, sonst würden sie nicht in das Nazilager abgeschwenkt sein. Wiederum ist nicht ersichtlich warum, denn die Tendenz bei den Faschisten ist die gleiche wie bei den Gelben, nämlich gemeinsam mit dem Meister für das Handwerk.

Die wilden Fleischer-Hirsche. Die Veröffentlichung unseres Artikels „In trauter Gemeinschaft“ mit dem Photo „Hirsche unter Hirschen“ verfehlte ihre Wirkung nicht. Bei der Kollegenschaft in den Betrieben herrscht Empörung über die Hinterhältigkeit der Hirscheführer, die in den Gesellenversammlungen nicht genug auf die Fleischermeister schimpfen können über die bestehenden schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen, aber oft genug bei den Obermeistern der Innungen zu Gast geladen sind. Welches Geheil stimmten die Brednow und Konsorten an, wenn wir diese Zwiespältigkeit in der Öffentlichkeit geißelten und an den Pranger stellten. Die photographische Aufnahme widerlegt alle Ablehnungsversuche, die Hirscheführer sind darüber fuchsteufelswild, und in ihrer allbekanntesten Tollpatschigkeit wird versucht, die Extravakanz mit einem Obermeister und einem Nazianwalt als harmlos hinzustellen. „Sage mir, mit wem du umgehst, dann sage ich dir, wer du bist.“ Unsere Aufgaben sind andere, nämlich die Interessenwahrung und Interessenvertretung der Fleischergehilfen, nicht wie bei den Hirscheführern, die von den Unternehmern abhängig sind und sich die Freundschaft mit ihnen erhalten müssen. Unser Hieb hat gesessen, und das wehleidige Winseln wird die meistertreuen Fridolins nicht mehr vor der allgemeinen Verachtung der Fleischergehilfen retten können.

Genossenschaftliche Rundschau

Betriebsunfall der KPD-Strategie. Wer erinnert sich nicht, daß der Allgemeine Konsumverein Halle, von den Kommunisten das „rote Proviantamt“ genannt, vor einiger Zeit von der KPD, zugrunde gerichtet wurde? Unter der glorreichen Führung des „roten Konsumdirektors“ Ertinger sollte den „reformistischen“ Konsumvereinen der Todesstoß versetzt werden, was allerdings vorbeigelang. Wie nunmehr die „Leipziger Volkszeitung“ zu berichten weiß, ist der KPD - Oberbozener Ertinger bei den Nazis gelandet. Er gehört zum engsten Stabe Hitlers und sitzt in München im Eraunen Haus, wo er die Reichsleitung zur „Bekämpfung der marxistischen Konsumvereine“ führt. Jetzt veranstaltet er im Auftrage der Faschisten eine Vortragstournee nach Sachsen. Und die Quintessenz dieses Frontwechsels Ertingers? Aus dem Kozi ist nach berühmtem Vorbild ein Nazi geworden! Diese Jammergestalten sind der KPD würdig, die im Auftrage Moskaus mit der Arbeiterbewegung Schindluder treiben und dann im Lager ihrer größten Klassengegner landen! Die Korruption in der KPD, stinkt in nicht zu überbietender Weise zum Himmel.

Allgemeine Rundschau

Kampf gegen Schulreaktion. Der Hauptvorstand des Bundes der freien Schulgesellschaften Deutschlands E. V. tagte vom 8. bis 10. Oktober in der Bundesschule des ADGB. in Bernau. Die weltliche Schulbewegung hat jetzt einen besonders heftigen Kampf zu führen. Das Vorhandensein der Sammelschulen erschwert der Reaktion ein notverordnetes Reichsschulgesetz zu schaffen. Deshalb die schweren Angriffe gegen die weltlichen Schulen und ihre Lehrer. Aber die freien Schulgesellschaften stehen jetzt so festgefügt da, wie aus den Berichten der Geschäftsleitung und der Bezirke hervorging, daß sie den Kampf gegen die Reaktion führen können. Die Arbeiterenschaft hat die Bedeutung der weltlichen Schulen erkannt. Jeder Angriff gegen diese Schulen wird mit einer Massenaktion für Abmeldung vom Religionsunterricht beantwortet werden. In verschiedenen Entschlüssen nahm der Vorstand des Bundes Stellung zur schulpolitischen Lage.

Internationales

Italiens Likörindustrie. Aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr des Tages, an dem der Faschismus die Staatsgewalt an sich gerissen hat, haben alle Produktionszweige der italienischen Wirtschaft einen Ueberblick über den Geschäftsverlauf der letzten Jahre gegeben. Für die Likörindustrie ist dieser Rückblick nicht erhebend. Diese Feststellung trifft der italienische Mitarbeiter der „Deut-

schen Destillateur-Zeitung“ in Nummer 502. Neben der Krise, von der auch Italien nicht verschont geblieben ist, leidet die Likörindustrie sehr stark unter der Zunahme der Schwarzbrennereien. Der Alkoholverbrauch in den Fabriken mit legaler Produktion ist sehr stark zurückgegangen. Im Jahre 1921/22 wurden noch 327 000 Hektoliter, dagegen im Jahre 1931/32 nur noch 100 000 Hektoliter Alkohol verbraucht. Im krassen Gegensatz dazu steht der nur etwa um ein Drittel zurückgegangene Verbrauch fertiger Liköre. Da auch aus dem Ausland nur sehr wenig Likör eingeführt wird, ist an Hand dieser Gegenüberstellung möglich, die Produktion der Schwarzbrennereien nahezu richtig zu schätzen. Trotzdem diese Betriebe ständig zunehmen, sind bisher nur wenige entdeckt und geschlossen worden. Von der Regierung wird verlangt, daß sie ihr Ueberwachungspersonal vergrößert, um vor allen Dingen die gesundheitlichen Schäden zu verhindern, denen die Bevölkerung beim Genuß der meist verfälschten und unter Entgällung von denaturiertem Spiritus hergestellten Liköre ausgesetzt ist.

Literatur

Mensch unterm Hammer. Roman von Josef Lenhard. In Ganzleinen, 211 Seiten, Preis 4,30 Mk. Verlag: Der Bücherkreis, Berlin SW 61.

Im Mittelpunkt dieses Romans steht ein armer Tagelöhner, der nach seiner erschütterten Jugend gegen das Verhängnis auf seine Art angehen will. Er läßt seinem brennenden Freiheitsdrang die Zügel schießen, überreißt Hindernisse, vor denen seine Kollegen zurückschrecken und behandelt seine Mitmenschen frivol und ohne Achtung vor den bestehenden Gesetzen.

Therese Etienne. Roman von John Knittel. In Ganzleinen, 271 Seiten, Preis für Mitglieder der Büchergilde 2,70 Mk. Verlag: Die Büchergilde Berlin SW 61.

In die Schweiz führt dieser neue Roman der Büchergilde den Leser. Vor seinem geistigen Auge erscheint die erhebende Natur des Berner Oberlandes. Therese Etienne kommt als Magd in das große Haus eines angesehenen Schweizer Großbauern. Der trotz seines Alters noch sehr lebendige Oekonom führt das Mädchen schließlich aus der Mäddekammer in das Herrenhaus. Die Konflikte lassen jedoch nicht lange auf sich warten. Der Unterschied im Alter und der Wesensart schafft Reibungsflächen, die verschärft werden durch die Rückkehr des Stiefsohnes, der sich in die Frau seines Stiefvaters verliebt.

Unseren Kollegen Emil Gläser, Untermüller, in Colditzer-Mühle und Ferdinand Rößler, Oberbrauer, Brauerei Colditz zu ihrem 40jähr. Arbeitsjubiläum noch nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [2,40]

Unserm Kollegen Heinrich Tasche in Lemgo nebst seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit. [1,80]

Die Kolleginnen und Kollegen der Ortsgruppe Detmold

Die Kollegen der Ortsgruppe Grimma

Unserm Kollegen Otto Rathner und seiner lieben Frau zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche. [1,80]

Die Kollegen der Aktien-Brauerei, Ortsgruppe Magdeburg

Unserm Kollegen und Mitarbeiter Paul Viezens, Flaschenkellermeister, zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum am 28. Oktober die herzlichsten Glückwünsche. [2,70]

Die Kolleginnen und Kollegen der Engelhardt-Brauerei, Abteilung Gottesberg, Ortsgruppe Waidenburg (Schles.)

Unserm werten Kollegen Heinz Oswald und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zu seiner am 22. Oktober stattfindenden Vermählung. [2,10]

Unserm Kollegen August Klemmt und seiner lieben Frau zur goldenen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche. [1,80]

Die Kollegen der Ortsgruppe Branschweig

Die Kollegen der Ortsgruppe Grimma

Unserm Kollegen Georg Ruser und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit. [2,10]

Unserm Kollegen Martin Hähnel, Obermälzer, und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit. Ortsgruppe Altenburg [1,50]

Die Kolleginnen und Kollegen der Würstfabrik Gebr. Schumann, Kellinghusen i. H.

Nachruf!

Am 21. September 1932 verstarb nach langem, schwerem Leiden unser treuer Kollege und langjähriger Kassierer

Franz Stein

im Alter von 39 Jahren. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. 19,60

Die Kollegen der Brauerei K. Silbernagel A.-G. Ortsgruppe Belheim i. d. Pfalz

Nachruf!

Im III. Quartal 1932 starben unsere werten Mitglieder:

- Otto Brauch, Brauer, 60 Jahre
- Emil Kück, Zimmerer, 57 Jahre
- Friedrich Beck, Süßwarenarbeiter, 59 Jahre
- Louise Nowatzki, Süßwarenarbeiterin, 31 Jahre
- Hermann Maibaum, Bäcker, 37 Jahre
- Christian Grothausen, Brauer, invalide, 50 Jahre

Wir werden ihrer immer ehrend gedenken! [9,60]

Ortsgruppe Hannover

Nachruf!

Im III. Quartal 1932 verstarben folgende Mitglieder:

- Wilhelm Moll, Bäcker, invalide, 72 Jahre
- Ernst Scholz, Süßwarenarbeiter, 59 Jahre
- Robert Schönrogge, Bäcker, invalide, 67 Jahre
- Hermann Schmidt, Mühlenarbeiter, 57 Jahre
- Theodor Buchholz, Süßwarenarbeiter, 58 Jahre
- Christian Vierck, Bäcker, 61 Jahre
- Bernhard Zärner, Schlachter, invalide, 80 Jahre
- Ferdinand Klein, Getränkearbeiter, invalide, 72 Jahre
- Fritz Thielke, Getränkearbeiter, invalide, 68 Jahre
- Helene Meyer, Süßwarenarbeiterin, 48 Jahre
- Wilh. Pommerening, Bäcker, invalide, 69 Jahre
- Ernst Ahrendt, Bäcker, invalide, 60 Jahre
- Wilhelm Haufe, Getränkearbeiter, invalide, 69 Jahre
- Ernst Jörn, Bäcker, invalide, 66 Jahre
- Markus Tödi, Schlachter, invalide, 74 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren! [15,60]

Ortsgruppe Groß-Homburg

Frauenrecht

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges

Illustriert von Josef Lada und A. Grimmer
Aus dem Tschechischen übertragen von Grete Reiner
Copyright by Verlag Ad. Synek, Prag

11. Fortsetzung.

Vor Oberleutnant Lukasch stand Oberst Kraus von Zillergut. Oberleutnant Lukasch salutierte, stand vor dem Oberst und entschuldigte sich, ihn nicht gesehen zu haben.

Oberst Kraus war bei den Offizieren bekannt wegen seiner Leidenschaft „anzuhalten“.

Er hielt das Salutieren für etwas, wovon der Erfolg des Krieges abhing und worauf die ganze Militärmacht aufgebaut war.

„Ins Salutieren soll der Soldat die Seele legen“, pflegte er zu sagen. Es war der schönste Korporalmystizismus.

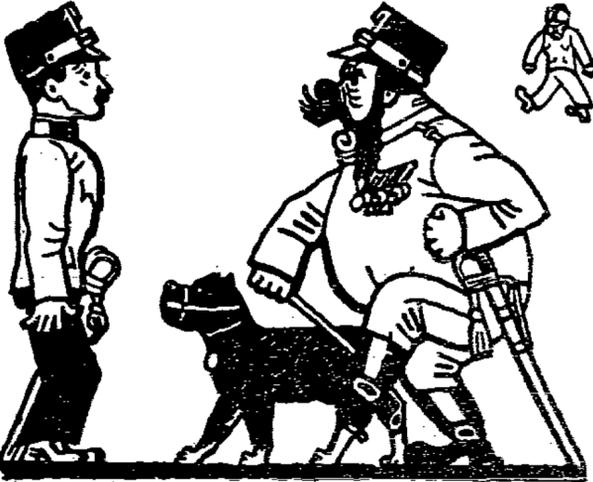
Er achtete darauf, daß der, welcher die Ehrenbezeugung leistete, bis in die kleinste Einzelheit nach Vorschrift genau und würdig salutierte.

Er lauerte allen auf, die an ihm vorübergingen. Vom Infanteristen bis zum Oberstleutnant. Infanteristen, die flüchtig salutierten, als wollten sie sagen, indem sie das Schild der Mühe berührten: „Pfiat di Gott“, führte er selbst geradewegs in die Kaserne zur Bestrafung.

Für ihn galt kein: „Ich hab nicht gesehen.“

„Ein Soldat“, pflegte er zu sagen, „muß seinen Vorgesetzten in der Menge suchen und darf an nichts anderes denken, als daran, seinen Pflichten nachzukommen, die ihm im Dienstreglement vorgeschrieben sind. Wenn er auf dem Schlachtfeld fällt, soll er vor seinem Tod salutieren. Wer nicht salutieren kann, wer tut, als ob er nicht sehen möchte oder nachlässig salutiert, ist bei mir eine Bestie.“

„Herr Oberleutnant“, sagte Oberst Kraus mit entschuldigender Stimme, „die niedrigere Charge muß der höheren immer die Ehrenbezeugung leisten. Das hat sich nicht geändert. Und zweitens: Seit wann haben sich die



Herren Offiziere angewöhnt mit gestohlenen Hunden spazieren zu gehen? Jawohl, mit gestohlenen Hunden. Ein Hund, der einem anderen gehört, ist gestohlen.“

„Dieser Hund, Herr Oberst —“, wandte der Oberleutnant ein.

„Gehört mir, Herr Oberleutnant“, unterbrach ihn der Oberst scharf, „es ist mein Fox.“

Und Fox, der Max erinnerte sich seines alten Herrn und merzte den neuen völlig aus seinem Herzen aus; er riß sich los, sprang auf den Oberst zu und bezeugte eine Freude, deren ein verständnisvoller Sextaner fähig ist, wenn er bei seinem Ideal verbleibt.

„Mit gestohlenen Hunden herumzugehen, Herr Oberleutnant, verträgt sich nicht mit der Offizierssehre. Nicht gewußt? Ein Offizier kann keinen Hund kaufen, wenn er sich nicht überzeugt hat, daß er ihn ohne Folgen kaufen kann!“ wandte Oberst Kraus weiter, während er Fox-Max streichelte, der aus Niedertracht den Oberleutnant anzuknurren und die Zähne zu fletschen begann, als hätte ihm der Oberst, auf den Oberleutnant zeigend, gesagt: „Faß ihn!“

„Herr Oberleutnant“, fuhr der Oberst fort, „halten Sie es für richtig, auf einem gestohlenen Pferd zu reiten? Haben Sie nicht das Inserat in der „Bohemia“ und im „Tagblatt“ gelesen, daß mir ein Stallpintcher verlorengegangen ist? Sie haben nicht das Inserat gelesen, das ihr Vorgesetzter in die Zeitung gegeben hat?“

Der Oberst schlug die Hände zusammen.
„Wahrhaftig, diese jungen Offiziere! Wo ist die Disziplin? Der Oberst veröffentlicht Inserate und der Oberleutnant liest sie nicht.“

„Wenn ich dir, du alter Trottel, ein paar Ohrfeigen geben könnte“, dachte Oberleutnant Lukasch, den Backenbart des Obersten betrachtend, der an einen Orang-Utan erinnerte.

„Kommen Sie auf eine Minute mit mir“, sagte der Oberst. So gingen sie denn und führten ein erquickliches Gespräch.

„An der Front, Herr Oberleutnant, kann Ihnen so eine Sache ein zweites Mal nicht passieren. Im Hinterland mit gestohlenen Hunden spazierenzugehen, ist gewiß sehr angenehm. Jawohl! Mit dem Hund seines Vorgesetzten spazierenzugehen. In einer Zeit, wo wir täglich auf dem Schlachtfeld hundert Offiziere verlieren. Und Inserate werden nicht gelesen. Da könnte ich hundert Jahre in-

Frauen, schützt euch!

Schützt euch und eure Kinder! Ihr müßt am 6. November die Liste 2, sozialdemokratisch, wählen. Von den Nationalsozialisten habt ihr nichts als Not, Elend und Knechtung zu erwarten.

Habt ihr schon vergessen, daß die Nationalsozialisten im Preußenlandtag eure Frauenwürde und Frauenehre mit den Füßen getreten haben? Nein, nein, ihr könnt es nicht vergessen haben, denn die Nazi-Frechheit muß sich in alle Frauenherzen und Frauenhirne eingehämmert haben. Und jetzt müßt ihr allen anderen Frauen davon erzählen, wenn nicht das letzte Stück Kultur, das letzte Stück Freiheit, das letzte Stück Frauenwürde von den Nazis vernichtet werden soll.

Wie war es doch? In einer der ersten Sitzungen des Preußenlandtages, der im April gewählt worden war, protestierten die sozialdemokrati-



Wählt Sozialdemokraten

Liste 2

schen weiblichen Abgeordneten dagegen, daß die Nazis zum Kriege hetzten, daß sie die Sozialdemokratie als antinational bezeichneten. Als die Nazis sich überhaupt nicht beruhigten — sie tobten in ihrem Machtkoller hemmungslos gegen die Arbeiterschaft —, da schleuderten ihnen unsere sozialdemokratischen weiblichen Abgeordneten die Wahrheit ins Gesicht: „Wir haben unsere Söhne im Kriege geopfert.“

serieren, daß mir ein Hund verlorengegangen ist. Zweihundert Jahre, dreihundert Jahre!“

Der Oberst schneuzte sich laut, was bei ihm stets das Zeichen großer Aufregung war, und sagte: „Sie können weiter spazierengehen“, drehte sich um und ging, mit der Reitpeitsche wütend auf die Enden seines Offiziersmantels klopfend.

Oberleutnant Lukasch ging auf das gegenüberliegende Trottoir und hörte dort abermals ein: „Halt!“ Der Oberst hielt gerade einen unglücklichen Infanteristen, einen Reservisten an, der an seine Mutter daheim gedacht und ihn übersehen hatte.

Der Oberst zog ihn eigenhändig in die Kaserne zur Bestrafung, wobei er ihn Meerschwein schimpfte.

„Was mach ich mit diesem Schwejk?“ dachte der Oberleutnant. „Ich zerschlag ihm das Maul, aber das genügt nicht. Sogar Riemen vom Leib schneiden ist für diesen Lumpen zu wenig.“ Ungeachtet dessen, daß er mit einer Dame zusammentreffen sollte, wandte er sich aufregt seinem Heim zu.

„Ich zerschlag ihn, den Kerl!“ sagte er sich, als er sich in die Elektrische setzte.

Inzwischen war der brave Soldat Schwejk in eine Unterredung mit der Ordonnanz aus der Kaserne verstrickt. Der Soldat hatte dem Oberleutnant einige Schriftstücke zur Unterschrift gebracht und wartete jetzt.

Schwejk bewirtete ihn mit Kaffee und sie erzählten einander, daß Oesterreich den Krieg verlieren werde.

Sie führten dieses Gespräch, als verstehe sich dies von selbst. Es war eine unendliche Reihe von Aussprüchen, von denen jedes Wort sicherlich bei Gericht als Hochverrat definiert worden wäre und beide an den Galgen gebracht hätten.

„Seine Majestät der Kaiser muß davon ganz blöd sein“, erklärte Schwejk, „er war nie gescheit, aber dieser Krieg gibt ihm gewiß den Rest.“

„Er ist blöd“, erklärte der Soldat aus der Kaserne mit Bestimmtheit, „ganz blöd. Er weiß vielleicht gar nicht, daß Krieg ist. Kann sein, daß sie sich geschämt ham, ihm zu sagen. Wenn er auf dem Manifest an seine Völker unterschrieben is, so is das Lug und Trug. Das ham sie ohne sein Wissen in Druck gegeben, er kann schon überhaupt an nichts denken.“

„Er ist haupt“, fügte Schwejk mit Kennermiene hinzu, „er macht unter sich und man muß ihn füttern wie ein kleines Kind. Neulich hat ein Herr im Wirtshaus erzählt, daß er zwei Ammen hat und daß Seine Majestät der Kaiser dreimal täglich an der Brust is.“

Zuerst waren die Nazis still, und es schien, als ob sie die Würde dieser Frauen respektieren wollten. Aber es war ein Irrtum. Einer der Nazis brüllte jenen Müttern, die von ihren kriegsgefallenen Söhnen gesprochen hatten, entgegen: „Ihr dummen Ziegen, dazu werden sie euch ja gemacht.“ Und viele andere nationalsozialistische Abgeordnete griffen diese Beschimpfung auf, höhnlachend schleuderten sie sie den weiblichen Abgeordneten entgegen. In diesem kurzen Augenblick wurde die abgrundtiefe Gemeinheit der Nazis aufs abgründigste offenbart.

Die Nazis achten weder die Frauen noch das Menschenleben. Sie beschimpfen die deutschen Mütter und verhöhnen ihre nationalen Opfer, die sie in ihren Söhnen und mit ihrem eigenen Herzblut gebracht haben.

Das ist nationalsozialistisch! Frauen, schützt euch! Ihr habt es in der Hand, die Gemeinheit der Nationalsozialisten auszurotten. Ihr habt es in der Hand, eure Kinder zu retten. Werbt für die Sozialdemokratie, wählt Liste 2, und es wird euch niemand mehr beschimpfen! Kämpft für den Sieg der Sozialdemokratie!

Die Aufgabe der Frau im Dritten Reich

Dr. Joseph Goebbels, der Gauleiter der NSDAP, für Berlin-Brandenburg und Verfechter „arischer“ Interessen, hat einen Roman mit dem Titel „Michael“ geschrieben, in dem er der Frau folgende Rolle zugedacht hat:

„Die Frau hat die Aufgabe, schön zu sein und Kinder zur Welt zu bringen. Das ist gar nicht so roh und unmodern, wie sich das anhört. Die Vogelfrau putzt sich für den Mann und brütet ihm die Eier aus. Dafür sorgt der Mann für die Nahrung.“

Mit dieser der Frau zukünftig im Dritten Reich zugedachten Rolle wird offen und zynisch die Rechtlosmachung der Frau propagiert. Wenn es nach den Nazis gehen würde, dann hat die Frau nur die eine Aufgabe, Kinder zu gebären und in wirtschaftlichen und politischen Fragen, die sie in starkem Maße berühren, hat sie das Maul zu halten. Diese Einstellung ist nicht nur furchtbar roh, sondern einem Kulturvolk unwürdig. Keine Frau darf deshalb der Nazi-Partei ihre Stimme geben. Nur die Stimmabgabe für die SPD-Liste 2 sichert ihr die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung.

„Wenns nur schon wär“, seufzte der Soldat aus der Kaserne, „und sie uns verdreschen möchten, damit Oesterreich schon mal a Ruh hat.“

Und sie fuhren beide fort in dem Gespräch, bis Schwejk schließlich Oesterreich mit den Worten endgültig erledigte: „So eine blöde Monarchie soll gar nicht auf der Welt sein“, wozu der andere, um diesen Anspruch gewissermaßen in praktischer Hinsicht zu ergänzen, hinzufügte: „Wie ich an die Front komm, verduilt ich ihnen.“

Als sie darauf fortfuhren, die Meinung des tschechischen Volkes über den Krieg weiter zu verdolmetschen, wiederholte der Soldat aus der Kaserne, was er heute in Prag gehört hatte: daß man in Nachod Kanonen höre und daß der russische Zar über Nacht in Krakau sein werde.

Dann sprachen sie davon, daß man aus Böhmen Getreide nach Deutschland schaffe, daß die deutschen Soldaten Zigaretten und Schokolade bekämen.

Hierauf gedachten sie der Zeit der alten Kriege und Schwejk wies ernsthaft nach, daß es früher, als man Stinktöpfe in eine belagerte Burg geworfen habe, auch kein Honiglecken gewesen sei, in so einem Gestank zu kämpfen. Er habe gelesen, wie man eine Burg irgendwo drei Jahre belagert hatte und der Feind habe nichts anderes getan, als sich täglich auf so eine Art mit den Belagerten zu unterhalten.

Er hätte gewiß noch manches Interessante und Lehrreiche gesagt, wenn ihr Gespräch nicht durch die Rückkehr Oberleutnant Lukaschs unterbrochen worden wäre.

Mit einem fürchterlichen, niederschmetternden Blick auf Schwejk unterschrieb er die Schriftstücke und während er den Soldaten entließ, winkte er Schwejk, ihm ins Zimmer zu folgen.

Die Augen des Oberleutnants schossen fürchterliche Blitze. Er setzte sich auf einen Stuhl und überlegte, auf Schwejk blickend, wann er mit dem Massaker beginnen solle.

„Zuerst geb ich ihm paar übers Maul“, dachte der Oberleutnant. „dann zerschlag ich ihm die Nase und reiß ihm die Ohren ab und das weitere wird sich schon finden.“

Und ihm gegenüber blickten ihn aufrichtig und gutherzig die beiden gutmütigen, unschuldigen Augen Schwejks an, der die Stille vor dem Sturm mit den Worten zu unterbrechen wagte: „Melde gehorsamst, Herr Oberleutnant, Sie sind um die Katze gekommen. Sie hat die Schuhkrem aufgefressen und hat sich unterstanden zu krepieren. Ich hab Sie in den Keller geworfen, aber in den nebenan. So eine brave und hübsche Angorakatz wern Sie nicht mehr finden.“
(Fortsetzung folgt.)